

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, durch die Expedition, Neue Frauenstraße 5, 6, durch die Post und durch Colporteurs in Belgien. Preis vierteljährlich 2,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6882.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Wien, Sonnabend, den 12. Januar 1895.

6. Jahrgang.

Kampf und Sieg unserer Genossinnen in Belgien.

B. G. Die in neuester Zeit zu großen Erfolgen gelangte socialdemokratische Partei unseres Nachbarlandes Belgien ist noch jung. Am 6. April d. J. wird sie ihr erstes Decennium (Jahrzehnt) hinter sich haben.

Am genannten Tage des Jahres 1885 trat eine geringe Anzahl wallonischer und flämischer Arbeitergruppen zu einer belgischen Arbeiterpartei zusammen. Diese Arbeitervereinigungen bestanden zum Theil aus Gewerkschaften, zum Theil aus Wirtschaftsgenossenschaften und waren auf verschiedene Städte des Landes vertheilt. Die meisten von ihnen waren auch erst wenige Jahre alt; nur einige standen schon mit der bekanntlich 1864 in London begründeten internationalen Arbeiterassociation in Verbindung und allein die Vereinigung der Gent Weber reichte bis ins Jahr 1857 zurück.

Das Bestreben der Partei war darauf gerichtet, die Arbeitervereinigungen im Lande zu vermehren und sie miteinander in festen Zusammenhang zu bringen.

In politischer Beziehung trat die belgische Socialistenpartei erst in den Vordergrund der Zeitereignisse, als sie im Jahre 1890 eine lebhaft propagandistische Gunsten des allgemeinen Stimmrechts entfaltete.

In mehreren der volkreichsten Städte, in Brüssel, Gent und an andern Orten, wurde in Massenkundgebungen die unverzügliche Einführung des allgemeinen Stimmrechts verlangt. Auch eine große Arbeitseinstellung im Mai 1890, die sich auf 120,000 Arbeiter erstreckt haben soll, diente demselben Zweck; ebenso die großartige Massendemonstration in Brüssel im August desselben Jahres.

Diese energievollen Kundgebungen des Volkswillens hatten die Wirkung, daß der König Leopold II. im Ministerrath eine Verfassungsrevision für notwendig erklärte; ferner, daß auch die doctrinär-liberale Partei, die Vertreterin der belgischen Großbourgeoisie, ihren bislang hartnäckig festgehaltenen Widerstand gegen solch politischen Fortschritt aufgab und ihm, natürlich mit allerlei Einschränkungen, zuzustimmen sich bereit zeigte.

Im November 1890 legte der fortschrittlich-radical Abgeordnete Janson der Kammer einen Gesetzentwurf vor, der die Abänderung der sich auf das Wahlrecht beziehenden Verfassungsartikel forderte. Fast einstimmig ward dieser Antrag Janson's dem sogenannten centralen Ausschuss zur Berathung überwiesen unter allseitiger Anerkennung der Nothwendigkeit einer Stimmrechtsveränderung.

Die mit allen möglichen Schlägen und Kniffen unternommenen Versuche der herrschenden Parteien, die Wahlreform zu verschleppen, brachten es dahin, daß es erst im Januar 1892 in der Repräsentantenkammer zur Berathung über eine Verfassungsänderung kam, obgleich schon am 17. April 1891 der Central-Ausschuss die Wahlrechts-Revision auf der Grundlage angenommen hatte, daß dasselbe allen über 25 Jahre alten Belgiern vorbehalten sein sollte, welche wenigstens 10 Francs jährlich an Steuern bezahlten, eine eigene Wohnung und das Zeugniß einer höheren Bildung aufzuweisen hätten. Jedoch auch Anfangs 1892 versuchte die clerikale Partei noch die Entscheidung so lange hinauszuschieben, bis endlich im Mai 1892, besonders in dem Industrie-Centrum Lüttich, Arbeiterunruhen ausbrachen, die am 10. Mai in der Abgeordnetenkammer und am 19. Mai im Senat endlich zur grundsätzlichen Annahme der Verfassungsrevision führten.

In den nach den belgischen Verfassungsbestimmungen neugewählten constituirenden Kammern wurden indessen alle in Vorschlag gebrachten Arten der Verfassungsänderung abgelehnt.

Auf's Neue mußten die socialistischen Arbeiter in das Rad der Zeitereignisse eingreifen. Im ganzen Lande erhoben sie sich zu Massenausbrüchen berechtigter Erbitterung.

Auch jetzt sollte u. A. ein allgemeiner Arbeitsausstand versucht werden. Blutige Zusammenstöße zwischen dem Volke auf der einen Seite und der Polizei und den Truppen auf der anderen erschreckten die um ihr behagliches Leben und ihr ängstlich bekümmertes Eigenthum besorgte Bourgeoisie.

Freigewie die Vertreter des bestehenden Unrechts sind, nahmen die Abgeordneten der Kammer schon am 18. April eine Verfassungsreform an, welche allen Belgiern über 25 Jahren das Wahlrecht gewährt, Familienvätern über 35 Jahren aber noch ein bis zwei Ergänzungsestimmen zulegt, wenn sie mindestens fünf Francs Steuer zahlen oder wenigstens 48 Francs eintragendes Grundeigenthum besitzen, oder eine Rente gewährendes Werthpapier von bestimmter Höhe aufweisen, oder gewisse Studienzeugnisse beibringen können, oder bestimmte Aemter oder Berufsarten ausüben.

Durch die Einführung dieses sogenannten Pluralvotums (Mehrstimmrecht) war zwar noch nicht allen erwachsenen Belgiern das Stimmrecht verliehen, aber dieses doch ganz erheblich erweitert worden.

Den 135,000 Gewählwählern von ehemals standen jetzt 1,370,687 Wähler gegenüber und diese bildeten mehr als ein Fünftel der nach der letzten Zählung 1890 6,069,321 Seelen umfassenden Gesamtbevölkerung des belgischen Staates.

Kaufwürfe.

Roman von Nicolaus Krauß.

[Nachdruck verboten.]

Seblatschel war schwankend; er hatte überhaupt keine fest ausgeprägten Ansichten. Ihm deuchte es genug, wenn er eine halbe Stunde lang Phrasen von einem Stück Papier herablesen konnte, eine blutrünstiger als die andere.

An dem Tage, an welchem die Kunde von Gyla's Verastung nach Wien kam, berief Linsler eine Versammlung der Vertrauensmänner. Sie wurde im Hinterzimmer des Greißlers Burkl abgehalten. Dieser nahm, weil dem Alphabet nach die Reihe an ihn kam, den Vorsitz ein. Es wurde eifrig debattirt, wie man Gyla von Ruhen sein könnte. Soilar und sein Anhang schlugen vor, der Sache freien Lauf zu lassen. Glühend vor Aufregung trat Linsler dafür ein, wenigstens die Kosten von Gylas Vertheidiger aus der Partierkasse zu bestreiten.

„Da wird das Geld schon zusammenschmelzen, besonders da wir auch die Ullman er auszuhalten haben.“

Er fügte sich aber dennoch, als er sah, daß Seblatschel zu einer Rede für die Selbstwilligung ansetzen wollte. In zweiter Stelle stand die Wahl eines Redacteurs für die „Arbeiterzeitung“. Linsler meinte, man solle die Stelle nur ausbühlsweise besetzen; Gyla werde jedenfalls freigesprochen werden und dann gar

Da stand Soilar vom Stuhle auf und sprach: „Ich bin ganz entschieden dagegen, daß die Leitung unseres Blattes einer Ausschüßkraft übertragen werde. Unsere Presse ist zu wertvoll, als daß wir sie als Versorgungsposten für verkrüppelte Studenten betrachten sollten.“

Nach diesen Worten näherte sich ihm Linsler mit glühendem, dickem Kopfe. Soilar aber ließ sich nicht irre machen und fuhr fort:

„Ja, unsere Presse steht uns zu hoch. Ich will es heute ein für alle Mal zur Entscheidung bringen. Das unnütze Hir- und Herlaviren und Weisetreten muß aufhören, oder wir werden in Ewigkeit nicht vorwärts kommen. Ich meine, keiner von den Anwesenden wird mir Unrecht geben, wenn ich sage, wir sind bis jetzt die reinen Wassersuppen-socialisten gewesen. Was nützt das Reden, das unnütze Geplausch! Zum Spott und Hohn aller ausländischen Gerichten werden wir werden, wenn das so fortgeht. Ich beantrage, einen wirklichen Redacteur zu wählen, nicht einen Strohmann und Platzhalter.“

Dies sprang Linsler auf und rief: „Ich möchte den Genossen Soilar ersuchen, die Peleldigung, die er Gyla argüht, zurückzunehmen, um so mehr, als sie gegen einen Abwesenden gerichtet war.“

„Ich habe gar nichts zurückzunehmen,“ rief Soilar hin. Linsler fuhr auf. Schnell aber sprang Burkl dazwischen und mochte zur Ruhe. Wenn sie einander etwas zu sagen hätten, könnten sie es nach der Sitzung

Die Abstimmung wurde vorgenommen, und es ergab sich für den Antrag vier, gegen den Antrag zwei Stimmen. Burkl hatte als Leiter der Versammlung keine Stimme. Aufogleich sprang Golly auf und schlug Soilar zum Redacteur vor, Seblatschel und Schwarz stimmten zu. Die Wahl war angenommen. Zugleich erklärte Burkl die Versammlung für geschlossen.

Linsler aber trat zu Soilar und sprach: „So haben Sie doch endlich Ihr Ziel erreicht, Sie... Wollen Sie die Peleldigung von vorhin zurücknehmen?“

„Sind Sie Gyla's Vormund?“ lachte ihn Soilar an.

„Also, Sie nehmen sie nicht zurück?“

„Zum Teufel noch einmal, nein. Lassen Sie mich in Ruh!“

„Wie Sie wollen, aber ich werde Ihnen lehren, sich anders zu benehmen.“

Und seiner nicht mehr mächtig, griff der Schloffer nach dem aus Lehm gebrannten Rindstein, der auf dem Tische stand, und schlug damit nach dem Haupte des neugewählten Redacteurs. Seblatschel fiel Linsler in den Arm, der Rindstein entglitt dessen Hand und flog in den Spiegel, daß dieser in tausend Scherben zerbrach. Und schon hatte sich Linsler losgerissen und stürzte sich auf seinen Gegner.

In demselben Augenblick blies Burkl die Lampe aus. Linsler rannte in seiner Wuth mit dem Kopfe

Schon während der Wahlcampagne um Mitte des Jahres 1894 machte sich ein charakteristisches Merkmal der total veränderten Situation geltend. Nicht nur, daß die socialistische Partei zum ersten Male an diesem Wahlsfeldzuge Theil nahm, sondern, daß alle Parteien in ihren Programmen im vollen Gegensatz zu früher wirtschaftlichen und socialen Forderungen die bedeutendste Stelle einräumten.

Der am 14. October 1894 begonnene und am 21. desselben Monats vollendete Wahlkampf hat die früher so mächtige liberale Partei nun fast ganz aufgerieben und neben den die Regierung bildenden Merkmalen sofort die socialistische Partei in Achtung erweckender Stärke auf dem parlamentarischen Kriegsschauplatz erscheinen lassen.

Die Kammer aus dem Jahre 1892 wies 93 Merkmalen und 59 Liberale auf; in der jetzt gewählten Kammer standen 104 Merkmalen 28 Socialisten und 20 Liberale gegenüber.

Auf diese Weise scheint zunächst das Ergebnis für die regierende Merkmalen Partei sehr günstig. In Wahrheit ist es aber keineswegs so, denn die Merkmalen vermochten sich nur noch für eine jedenfalls kurz bemessene Zeit dieserorts dadurch in der Volksgunst zu erhalten, daß sie neben sich einer Gruppe christlicher Socialisten Raum gewährten, welche Advocaten, Universitätsprofessoren und Abbés zu ihren Führern hatten und unter Hinweis auf die päpstliche Encyclica über die Arbeiterfrage Regelung der Arbeit und des Lohnes, sowie staatliche Einmischung auf wirtschaftlichem Gebiete zum Vortheil der Arbeiter verlangten.

So ist in Belgien das nicht mehr rückgängig zu machende Ergebnis dieses Wahlrechtsfeldzuges, daß die regierende Merkmalen Partei gespalten ist und nicht mehr als einen Pyrrhusieg*) erfodert hat, während die Partei des liberalen Capitalismus vollständig zertrümmert ward und die Socialreformer im Schlepptau der Socialisten zu marschiren gezwungen sind, denen ein baldiger endgiltiger Sieg gewiß ist.

Politische Rundschau. Deutschland.

— Zur Kritik der Umsturzvorlage bringt die „Leipziger Volkszeitung“ aus der Feder eines Juristen längere Auseinandersetzungen, denen wir folgenden Passus entnehmen: „Der Begriff der „Gefährdung des öffentlichen Friedens“ hat schon jetzt eine so maßlose Ausdehnung erfahren, daß selbst die größte Vorsicht und Zurückhaltung kaum vor seiner Verlesung zu bewahren vermag. Es soll schon genügen, daß die Anreizung geeignet ist, eine zu Gewaltthätigkeiten gegen andere Bevölkerungsklassen geneigte Stimmung zu erzeugen, die zu einem Anbruch der Gewaltthätigkeiten bei irgend einem sich bietenden günstigen Anlasse führen kann, mag damit eine auch nur ganz entfernte Gefahr für den öffentlichen Frieden geschaffen werden. Daß diese Definition auf jede das obere Mittelmaß ein wenig überragende Aeußerung über

die genannten Gegenstände paßt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Versteht man unter öffentlichem Frieden den Bestand der heutigen Gesellschaftsordnung und sieht man in jeder ihre Wahrheit und Gerechtigkeit anzuweisenden Kundgebung in Uebereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts eine Gefährdung des Friedens, so ist dieses Thatbestandsmerkmal verwirklicht durch die Entwicklung jeder die ausgefahrenen Geleise verlassenden Ansicht von etwas individueller Prägung. Daß ebensowenig in der Aufnahme des Begriffs der Beschimpfung eine auch nur einigermaßen ausreichende Kautel liegt, ergibt sich von selbst. Unsere Bestimmung könnte daher ebenso gut auch lauten: Wer über Wesen und Nützlichkeits der Institutionen des Eigenthums, der Ehe, Religion, Monarchie oder Familie Ansichten äußert, die von den herrschenden abweichen und den besitzenden Klassen unbecquem werden können, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Hierauf wird, mag die Vorschrift von ihren Verfassern auch anders aufgefaßt sein, dennoch die praktische Anwendung hinauslaufen und die vorgeschlagene Formulirung hätte wenigstens den Vorzug, daß sie offen und ehrlich ist. Mehr noch als die übrigen Vorschläge der Novelle wird diese Bestimmung dazu kauen werden, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Insbesondere droht dem in der Gewerbeordnung gesetzlich gewährleisteten Coalitionsrecht der gewerlichen Arbeiter durch die neue Fassung des § 130 eine eminente Gefahr. Nichts hindert, in der Aufforderung zur Einstellung der Arbeit oder zur Fortsetzung des Streiks und in den derartige Aufforderungen regelmäßig begleitenden Nebenwendungen einen Angriff auf das Eigenthum zu sehen. Wir sind dann glücklich wieder auf einem Umweg dahin gelangt, wohin uns — und zwar erfreulicher Weise ohne Erfolg — der Gesekentwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom Jahre 1890, führen wollte, zu einem Arbeitgeberchub. Die bisherigen Versuche, die Arbeiter daran zu verhindern, gegen den Willen der Arbeitgeber die Arbeit einzustellen, sind durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts erfolgreich zurückgeschlagen worden. Auf Grund der verschiedenen Bestimmungen der Umsturzvorlage wird dies nicht mehr möglich sein.“

Die Klaffen und die Umsturzvorlage. Im Feuilleton der „Frankf. Ztg.“ begegnen wir einer von Dr. Otto Hartmann verfaßten Zusammenstellung von Citaten aus deutschen Klaffen, deren Verbreitung nach der neuen Umsturzvorlage bestraft werden müßte. Einige Beispiele aus Goethes Faust von Beschimpfung der Religion und Monarchie mögen genügen.

Rephilo: Die Kirche hat einen guten Magen u. kann ungeschicktes Gut verdauen.
Faust: Das ist ein allgemeiner Brauch.
Ein Jud' und König kann es auch.

Ferner das Gespräch Fausts und Margarethens über Religion, dort im zweiten Theil.

Die Heiligen sind es und die Mitter:
Sie haben jeden Ungewitter
Und nehmen Rind' und Stroh zum Lohn.

Arme Klaffen!

Nicht gemacht hatte, fand man ihn ohne Bestimmung am Boden liegen. Ueber seine Wangen lag Blut, er hatte sich das linke Auge verletzt. Und so heftig war der Stoß gewesen, daß er den Schramm aus seiner Lunge gerissen und ein ganzes Stück Lunge herausgeschlagen hatte. Die Andern entfernten sich. Nur Kone blieb zurück und veranlaßte mit Wuth die Ueberführungsleiter in dessen Wohnung.

Wid' Marie Kettz auf, als man ihr den noch immer befehlungslosen Bruder ins Haus brachte. Ihr Schmerz und Jammer schien kein Ende nehmen zu können.

Die Verwandlung ihres Bruders war eine schwere, das linke Auge war verloren, die Aerzte mußten sich zufrieden geben, daß sie wenigstens das rechte Auge retten konnten. Die Nachbarinnen fürchteten für Kettz's Bestand. In den ersten Tagen nach dem Unglück schrie und jammerte sie wie eine Wahnsinnige, dann wurde sie still und stumm und blickte wie ein Schatten im Hause umher. Es war ein Sturz ins Bodenlose, der des Mädchens in wenigen Tagen gethan.

Sonntags schien der Himmel sich öffnen zu wollen; Gola hatte ihr seine Liebe gestanden, ihr höchsten Wunsch schien in Erfüllung zu gehen. Der Kopf schwebte ihr von dem vielen Glück. Und am Dienstag war es die Herrlichkeit in nichts zerfallen, verlassen in alle Winde, der Geliebte hinter Schloß und Thierg. der Bruder tobte Herberstrand in Fieberphantasien.

Das schließlich erlosch sich die kräftige Natur

Einers, ein Beinplättler war ihm ins Auge gebrannt, dieses schwer aus. Erst nach einem Monat konnte er das Bett verlassen; doch war der sonst so kräftige Mann noch immer hilflos wie ein Kind. Seine Gesichtsfarbe war ein mattes Gelb; die Leute sagten, die Galle sei ihm ins Blut getreten.

An einem Junnabend lag Einler am Fenster und blickte zwischen den blühenden Geranienbüschen hindurch auf die Straße. Ihm gegenüber lag Kettz und Friede. Plötzlich hob sie ihr Haupt empor und sprach zu ihrem Bruder gewendet:

„Anders, vor welches Gericht wird Gola gestellt?“

Er schrie sich mit der Hand über die Stirne, als koste es ihm unzählige Anstrengung, sich an das Bergangene zu erinnern.

„Vor das Schwurgericht in Schwarzpan, wo er jetzt gefangen ist.“

„O! Ja der Geinath!“ . . . Sie verjammerte.

Sozial hatte die Redaction der „Arbeiterzeitung“ übernommen. Das machte sich bald nach allen Seiten fühlbar. Der Ton der Artikel sank um fünfzig Procent, die Aufsätze kümmerten sich um Verben, rohen, aus dem Leben genommenen Ausdrücken.

Man glaubte, eine amerikanische Zeitung vor sich zu haben. Aber gerade das gefiel dem gewöhnlichen Arbeiter. Er hielt die Fingerringe für Entschiedenheit und die ungewählte Dürchheit für moralische Geradheit und Echtheit. In kurzer Zeit war die Auflage des Blattes um dreihundert

Sozial hatte auf die andere Arbeiterblätter um die

— Herr Baare, bekannt durch das Schienenflicken und die Steuerhinterziehung, der nationalliberale Commerzienrath, hat dieser Tage sein Jubiläum der Hochmurei gefeiert. Er erhielt folgende Gratulation „Gn. Hochwohlgeboren wünsche ich Glück zu Ihrer langjährigen und erfolgreichen Thätigkeit (als Steuerhinterzieher u.) und danke Ihnen für alles Wohlwollen, welches Sie mir in der Zeit bewahrt haben. von Bismard.“ — Baare und Bismard — die zwei sind einander werth. Nun sollte eigentlich noch der Crispi gratuliren — dann wäre das Kleeblatt fertig.

— Criminalstatistik und Brotvertheuerung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fällt — wohl unbewusster Weise — ein vernichtendes Urtheil über die Brotvertheurer in der Regierung etlicher Zahlen aus der Criminalstatistik, die sie nach einer vorläufigen Aufstellung des kaiserlich statistischen Amtes mittheilt. Sie bemüht sich hierbei, die Abweichungen gegen 1892 aus den Zeitverhältnissen zu erklären. Dabei kommt sie auch auf die Verminderung der Vermögensdelicte. Im Jahre 1893 sind verurtheilt worden wegen einfachen Diebstahls 71 810 Personen (1892: 82 751), wegen einfachen Diebstahl im wiederholten Rückfall 11 909 (12 775), wegen schweren Diebstahls 9379 (16 748), wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall 2657 (2920). — Dazu bemerkt sie: „Die bei den meisten Vermögensdelikten, insbesondere dem einfachen Diebstahl, in bemerkenswerther Weise eingetretene Verminderung in den Zahlen der Verurtheilten muß auf die in den Jahren 1892 und 1893 billiger gewordenen Preise der Lebensmittel und die in jenem Zeitraum überwiegend besser gewordenen Erwerbsverhältnisse zurückgeführt werden. Die Verhältnisse des Jahres 1892 sind hier besonders von Einfluß, da die besprochene Criminalstatistik die im Jahre 1893 Verurtheilten nachweist, welche wie die Erfahrung lehrt in großer Zahl ihre Straftaten in dem Jahre, welches der Verurtheilung vorausging, begangen haben.“ — Die Brotvertheurer können also ganz gut als Anstifter zur Verbrechen gelten.

— Der preussische Staatsrath soll, wie in Regierungskreisen ernstlich erwogen werden soll, wieder zusammenberufen werden. Während er das letzte Mal sein Gutachten über die neuen Bahnen der Socialgesetzgebung abgeben sollte, wird nach den „Berliner Politischen Nachrichten“, jetzt seine Aufgabe sein, diejenigen Maßregeln, welche zur Hebung der Landwirtschaft und Sicherung des ländlichen Grundbesitzes von Staatswegen getroffen werden können, eingehend zu prüfen und zu erörtern. Da der Staatsrath meist aus höheren, den Kreisen der Agrarier entnommenen Beamten besteht, werden die Leute vom Bunde der Landwirthe mit den Gutachten des Staatsrathes schon zufrieden sein.

— Ein amtliches Zeugniß über deutsche Colonialpolitik. Ueber die unter dieser Ueberschrift von uns nach der „Wiener Arbeiterzig.“ veröffentlichten Schriftstücke geht der „Nationalztg.“ vom Director der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft eine längere Erklärung zu, in der allerdings kein Wort der Entschuldigung über die Behandlung der Arbeiter vorkommt: Ueber den Ursprung des Artikels wird bemerkt:

Gunst der Arbeiter aus dem Felde geschlagen, sein Einfluß stieg ins Ungemessene. All' die verschiedenen Arbeitervereine gehorchten seinem Worte; sahen doch in allen Ausschüssen seine Trabanten. In allen Streitigkeiten galt Soikal als oberste Instanz. Bald hatte er auch die Redaction der czechischen „Arbeiterzeitung“ in seiner Hand.

Kone war eine weiche, träumerische Natur, nicht geschaffen zum Führen, sondern zum Geführtwerden. Sein Socialismus war eigentlich ein ästhetischer; die Ueberzeugung des realistisch angelegten Literaten, nicht die des Socialpolitikers.

Nach diesem Erfolg ging Soikal daran, das Parteiprogramm in seinem Sinne umzugestalten. Er ließ durch Zapletal eine Volksversammlung einberufen und trat als Redner auf. Den ersten Punkt des alten Programmes bildete die Forderung nach dem allgemeinen direkten, gleichmigen Wahlrecht. In seiner Rede wandte sich Soikal mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderung.

Er sprach unter Anderem Folgendes:

„Seit jeher war es ein Fluch der Arbeiterpartei, sich mit Dingen abzugeben, die ihr gar nichts nützen. Früher stellte man den Grundsatz auf: „Durch Bildung zur Freiheit.“ Was nützt dem Arbeiter die Bildung, wenn er nichts zu sagen, zu befehlen hat? Wie lang hat es gedauert, bis man zur Ueberzeugung kam, daß es beissen muß: „Durch Freiheit zur Bildung.“

(Fortsetzung folgt.)

Anfangs den Ursprung der Veröffentlichung des Erlasses der Colonial-Abtheilung vom 26. October 1894 in der Wiener Arbeiter-Zeitung, so erklärt sich die Veröffentlichung daraus, daß wir das Schriftstück im November 1894 in einem Pferdebahnwagen gestohlen worden ist. Am 8. Januar dieses Jahres ist es der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft von Wien aus „eingeschrieben“ wieder zugestellt worden.

Wir glauben nicht, daß der Herr Director mit seiner Vermuthung auf richtiger Fährte ist.

Leere Hoffnung. Wie die „Preussische Lehrerzeitung“ schreibt, ist das Lehrerbefolgungsgesetz noch nicht als definitiv zurückgezogen zu betrachten, vielmehr befindet sich dasselbe noch in der Beratung bei denjenigen Verwaltungs-Instanzen, die dabei betheilig sind, und man hoffe immer noch auf ein gutes Resultat. Die Volksschullehrer, die sich schon so oft in ihren Hoffnungen getäuscht haben, werden dieser Nachricht kaum Glauben schenken. Wir haben aber auch zur Zeit weit wichtigere Culturaufgaben zu lösen.

Zur Reform des Militärstrafprocesses erklärt der „Stuttgarter Beobachter“, daß er seine Meldung, die Reform sei vertagt, trotz des officiösen Demers aufrecht erhalte.

Der deutsche Export nach den Vereinigten Staaten betrug nach der „Hamburger Börsenhalbe“ aus dem Consularbezirk Hamburg im IV. Quartal 1893 651 Tausend Doll., also 169 763 Tausend Doll. mehr als im IV. Quartal 1892 und 435 584 Tausend Doll. mehr als im III. Quartal 1894.

Einen Handelsvertrag mit Japan will die deutsche Reichsregierung abschließen. Die nothwendigen Vorarbeiten sind im Gange.

Für ungültig erklärt hat die Wahlprüfungs-Commission die Wahlen von Pöchlarn, Kremsier, Grieskirchen und Meisling.

Die socialdemokratische Fraction bestimmte in ihrer Sitzung vom 9. d. Mts. die Redner für die einzelnen Vorlagen, welche bisher dem Reichstag, sowohl als Regierungs-Vorlagen, wie als Initiativ-Anträge zugegangen sind.

Freifahrt der Reichstags-Abgeordneten. Von Mitgliedern einzelner Fractionen des Reichstages wird eine Interpellation an die Regierung über die Gründe der Ablehnung des vom Reichstage nahezu einstimmig angenommenen Antrages auf Erweiterung der Abgeordneten-Freifahrt vorbereitet, die schon an einem der nächsten Tage der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Des weiteren ist beabsichtigt, diese Abklärung mit einem Antrage auf Gewährung von Diäten zu beantworten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wildtharigkeit des niederösterreichischen Landtages hat manchen mal ein recht merkwürdiges Gesicht. Er hat heute dem „Wiener Unterstützungsverein für entlassene Sträflinge, sowie für hilf- und schuldlose Familien von Verhafteten“ eine Subvention bewilligt. Auf die Frage des Abgeordneten Schleicher, ob sich der Verein wirklich so nenne, da es doch keine Sache der Untersuchung sein kann, ob eine Familie schuldlos sei, erwiderte Dr. Wagg, daß diese Untersuchung wohl möglich ist, weil Staatsanwälte, Untersuchungsrichter und Landesgerichtsräthe dabei mitwirken, und daß auf diesen Umstand wohl Gewicht gelegt werden müsse. Dem Landtag ist es also weniger darum zu thun, die Hülflosen zu unterstützen, sondern er legt Gewicht darauf, daß seine Hilfe keinem „Schuldigen“ werde. Und man kann sich an den Fingern abzählen, wenn Staatsanwälte eine Familie nicht schuldlos finden werden.

Frankreich.

Eine Präsidentenkrise? Herr Casimir Perier hat erklärt, wenn die Kammer seinen Beleidiger Sévral in Freiheit setze so werde er, Casimir, das als persönliche Beleidigung auffassen und sein Amt niederlegen. Wenn die Kammer jetzt die Gelegenheit beim Schopf nimmt, kann Frankreich seinen Casimir um sechs Jahre früher los werden, als man zu hoffen gewagt hatte. Der Antrag auf Freilassung Sévral's wird von Millerand gestellt werden.

Am 8. Januar fand in ganz Frankreich die Auslosung derjenigen Truppentheile statt, die das Expeditionscorps nach Madagaskar bilden sollen. Die Gesamtstärke beträgt, einschließlich Marine und Träger, 25 000 Mann.

Genosse Dejeante wird sich in der zweiten Hälfte dieses Monats wegen des belgischen antimilitarischen Blattes La Gacete vor den Geschworenen zu verantworten haben. Sein Verteidiger ist Genosse Vidiani. Es ist kaum möglich, daß Dejeante wegen Besitzes dieses Blattes, dem es Possession nicht entzogen ist, verurtheilt werden kann.

Amerika.

Aus Chicago wird berichtet, daß der Executive-Ausschuß der Nationalen Vieh-Gesellschaft ein Comité eingesetzt hat, welches hierher kommen soll, um die Aufhebung der von verschiedenen europäischen Staaten erlassenen Verbote der Einfuhr amerikanischen Fleisches zu erwirken. Solche Verbote sind bisher erlassen von Deutschland, Dänemark und Belgien.

Im Repräsentantenhause ist wie unterm 9. d. M. aus Washington gemeldet wird, der Antrag, die Abstimmung über die Regierungsvorlage, betreffend die Währungsform, vorzunehmen, mit 129 gegen 122 Stimmen abgelehnt worden. Die Vorlage ist somit praktisch verworfen.

Der Verkehr im Hafen von Buenos-Ayres ist einer telegraphischen Meldung zufolge durch den Streife der in der Küstenschiffahrt beschäftigten Verladener und Seelente lahmgelegt.

Bei der Ueberschwemmung im Staate Mendoza wurden 20 Personen getödtet. Der Schaden wird auf 2 Millionen geschätzt.

Asien.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz. Von Niutschang wird unterm 8. d. M. gemeldet: Die Japaner griffen die von 15 000 Chinesen besetzte Stadt Soumen-tsching an; während des Sturmes entstand ein Feuer, welches die Stadt fast gänzlich zerstörte. 10 000 Menschen sind obdachlos. Es herrscht 40 Grad Kälte. Dem Gouverneur von Niutschang wurde eröffnet, daß man ihn erschießen werde, wenn er seinen Posten verlassen würde.

Parteiangelegenheiten.

Gegen die Umsturzvorlage. In einer äußerst gut besuchten Versammlung in Ludwigs-hafen sprach am Sonntag der Genosse Ehrhart über die Umsturzvorlage. Nach dem etwa zweistündigen Vortrage fand eine Protestresolution einstimmige Annahme.

In Nürnberg fand unter ungemein starkem Andrang eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Grillenberger sprach. Auch hier zeigte sich unter den Anwesenden großer Kampfesmut und Begeisterung.

Entschieden gegen die ganze Vorlage erklärte sich eine Versammlung verschiedener Parteien in Aschaffenburg nach einem Referat des demokratischen Redacteur Dornbusch-Nürnberg.

Genosse Ed. Schmidt, Redacteur der „Münchener Post“ hat eine dreimonatliche Gefängnisstrafe angetreten.

Von einer geheimen Organisation der mecklenburgischen Socialdemokratie fabeln die „Kostocker Zeitung“ und der „Anzeiger“ in ihren Berichten über den jüngsten Parteitag in Lübeck. Die wohlwollende Absicht, welcher diese verlogene Berichterstattung entsprang, ist mit Händen zu greifen. Das Lächerlichste bei der ganzen Sache ist der Umstand, daß nach den genannten beiden Blättern die mecklenburgischen Delegirten selbst das Bestehen einer geheimen Organisation“ ausgeplaudert haben sollen!

Arbeiterbewegung.

Wätnung, Marmorarbeiter! In der Marmorfabrik von Gebr. Böhmer, Leipzig, Berliner-Strasse, haben sich in Folge Maßregelung dreier Marmorchleifer die übrigen fünf Marmorchleifer mit ihren Kollegen solidarisch erklärt; sie kündigten am Sonnabend den 5. Januar die Arbeit. Zum Grund der Maßregelung der drei Marmorchleifer nahmen die Gebr. Böhmer einen Bericht des Tagesblattes über eine am 19. Decbr. 1894 stattgefundene Versammlung der Steinarbeiter, in der ein für Marmorchleifer ausgearbeiteter Tarif vorgelegt wurde. Die drei Marmorchleifer wurden in Folge dessen von genannter Firma als Agitatoren betrachtet und aus der Arbeit entlassen. Es werden die Marmorarbeiter und -Schleifer gebeten, diesen Conflikt bei Stellenangeboten von Gebr. Böhmer zu berücksichtigen und wird erjucht, Zugang nach Leipzig fernzuhalten. Die genannte Firma ist bereits eifrig bemüht, durch Annoncen Arbeitskräfte herbeizuziehen. Der Vertrauensmann.

Ueber die Bäckerbewegung in Amsterdam wird dem von dort unterm 7. Januar geschrieben: Die Lohnbewegung der Bäckergehilfen, welche im Monat November mit einem siegreichen Streik anfang, ist jetzt mit einer Niederlage beendet. Unmittelbar nach dem Streik hielten die Principale Zugang aus der Provinz und entließen nach und nach die Streiker. So waren sie in einigen Wochen mehr wie 80 Gehilfen auf's Plaster. Die organisirten Gehilfen versuchten diese Nachnehmungen zu verhindern durch einen neuen Streik. Doch die eingeschüchterten Arbeiter folgten nicht. Nur in drei Fabriken war das Personal einstimmig. Im Ganzen zählt man jetzt schon 130 Ausgeschlossene. Diese werden eine Gesellen-Bäckerei gründen, wenn das nöthige Capital gefunden wird, wozu, wie es heißt, einige Aussicht besteht.

Im Londoner Baugewerbe soll bürgerlichen Blättern zufolge ein größerer Ausstand für das kommende Frühjahr erwartet werden. Es hat um diese Zeit eine Neuregelung des Abkommens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen. Die Gewerksvereine wollen bedeutend erhöhte Forderungen stellen.

Sociale Uebersicht.

Statistik über die Lage der Buchdrucker in Berlin. In einer am 8. d. Mts. stattgefundenen Buchdrucker-Versammlung wurde u. A. auch eine am 15. October 1894 aufgenommene Statistik veröffentlicht, die sich auf 328 Officinen erstreckt. Die Zahl ist eine hohe zu nennen, wenn man bedenkt, daß alles in allem, auch die kleinsten Officinen mit eingerechnet, etwa 400 in Berlin gezählt werden. Das erhaltene statistische Material ist daher sehr werthvoll und gestattet eine angemessene Beurtheilung der im Gewerbe herrschenden Verhältnisse, wenngleich die Statistik durch die Schuld der Kollegen auch ihre Mängel hat. Nach dem Ergebniss der Statistik waren am 15. October v. J. in den gedachten 328 Buchdruckereien zusammen 4490 Gehilfen beschäftigt. Von diesen sind: Factoren 155, Correctoren 124, Setzer 3290, Drucker 476, Schweizerdegen 11, Stereotypenre 115. Außerdem waren zu verzeichnen 17 Bolontäre und 5 Setzerinnen. Von den Gehilfen arbeiteten: a) in Berechnung: tarifmäßig 1021, untarifmäßig 55 (Berl. Neueste Nachrichten); b) in gewissem Gelde: über Minimum (26 M.) 1736, zum Minimum 503 und unterm Minimum 73. Hierzu ist zu bemerken, daß die Zahl der über dem Minimum Arbeitenden, die scheinbar eine hohe ist, eine wesentlich andere Bedeutung erhält, wenn man berücksichtigt, daß in diese Ziffer die Factoren und die Correctoren fallen und daß auch das geringste über dem Minimum mitgerechnet worden ist. Die 73 unterm Minimum Arbeitenden sind neu Ausgelernte, welche einen wöchentlichen Lohnsatz von 14 bis 24 Mark, im Durchschnitt etwa 18 M., erhalten. Besonders ist dies der Fall in Jannungsdruckereien, unter denen die des „Berliner Tageblatt“ wieder besonders hervorstrahlt. Von 1031 Gehilfen fehlt leider jede Angabe. Der Principalsatz gehörten am 15. October 184 Gehilfen an. Diese Zahl wird durch den mittlerweile wieder erfolgten Austritt von 91 Gehilfen wesentlich verringert. Lehrlinge waren vorhanden 1340, und zwar 1019 Setzerlehrlinge und 321 Druckerlehrlinge. Am 1. October hatten ausgelernt 132 Lehrlinge, und zwar 95 Setzerlehrlinge und 37 Druckerlehrlinge. Neu eingestellt wurden dagegen am 1. October 197, also 65 über die Zahl der Ausgelernten. Im Ganzen wurden 404 Lehrlinge, und zwar 318 Setzerlehrlinge und 86 Druckerlehrlinge über die tarifmäßige Lehrlingscala hinaus gehalten. Von 93 Jannungsdruckereien wurde in 43 die Lehrlingscala überschritten bis zu 12 Lehrlingen und darüber in einzelnen Druckereien. Aber auch in dem Deutschen Buchdrucker-Berein angehörigen Druckereien wurde die tarifmäßige Lehrlingscala in gleicher Weise überschritten. Die tägliche Arbeitszeit betrug in 1 Druckerei 8 Stunden, in 16 Druckereien 9 Stunden, in 35 Druckereien 9 1/2 Stunden und in 276 Druckereien darüber hinaus. Es hat demnach in 52 Druckereien eine Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden ohne irgend welche wirtschaftliche Schädigung.

Ortsübliche Tagelöhne. Ein soeben erschienenen Verzeichniß der ortsüblichen Tagelöhne im Deutschen Reich, so schreibt man aus der Reichshauptstadt, giebt zu interessanten Betrachtungen Anlaß. Es zeigt sich, daß in der Reichshauptstadt keineswegs die höchsten Löhne für gewöhnliche Landarbeiter gezahlt werden; Berlins ortsübliche Tagelöhne betragen für den Mann 2,70 Mark und für die Frau 1,50 Mark. Die höchsten Löhne in ganz Deutschland scheinen augenblicklich in Helgoland gezahlt zu werden, wo der ortsübliche Tagelohn für Männer sich auf 3,25 Mark und für die Frauen 1,75 Mark beläuft. Im übrigen werden im Regierungsbezirk Schleswig, wozu auch Helgoland gerechnet wird, in Kiel z. B. 2,70 Mark für Männer und 1,60 Mark für Frauen als ortsüblicher Tagelohn festgesetzt; in Altona steigt der ortsübliche Tagelohn sogar auf 3 Mark für Männer und 2 Mark für Frauen. Gleich hoch ist der ortsübliche Tagelohn in Hamburg und Bremen; in der zuletzt genannten Stadt ist aber für Frauen als Tagelohn nur 1,75 Mark angesetzt. In Schlesien finden wir die niedrigsten Tagelöhne. Im Kreise Wittich sind für Männer nur 85 Pf. und für Frauen nur 50 Pf. angesetzt; in den Kreisen Frankenstein, Deils, Rimplsch und noch anderen beträgt der Tagelohn der Männer 90 Pf. und derjenige der Frauen 60 Pf. Sogar in Posen findet man so niedrige Tagelöhne nicht wie in Schlesien. Im Westen des Reichs steigen die Löhne wieder. In Minden ist 1,80 Mark, in Münster 2 Mark, in Köln 2,50 Mark, in Wiesbaden 2 Mark, in Frankfurt a. M. 2,50 Mark und in Mainz 2,20 Mark der ortsübliche Tagelohn für Männer. In München beträgt der Tagelohn für Männer 2,30 Mark, in Dresden 2 Mark, in Leipzig 2 Mark, in Stuttgart 2,50 Mark, in Schwerin 2 Mark, in Weimar 1,80 Mark, in Gotha 1,60 M. und im Bezirk von Waldeck und Pyrmont 1,50 Mark. In den Reichsländern scheinen im allgemeinen höhere Löhne gezahlt zu werden als im übrigen Deutschland. Der höchste Lohn der Männer mit 2,50 Mark ist für Weich festgesetzt, es folgen Straßburg mit 2,20 Mark, Weidenburg mit 1,80 Mark. Der zuletzt erwähnte Lohn ist der niedrigste in den Reichsländern; die Löhne der Frauen schwanken hier von 1,80 bis 1,10 Mark.

In Ungarn sieht sich die Regierung genöthigt, die Reich der landwirthschaftlichen Proletariat in Altsöld durch Ausführung öffentlicher Arbeiten zu lindern. Wie der „Pester Lloyd“ meldet, läßt der Handelsminister im Befehl Komitat eine Transversalstraße anlegen und zwei Vicinalbahnen bauen, um den hungerebenen Landarbeitern der Comitats Fekes, Sjongrod und Ganad eine Einnahmsquelle zu schaffen und die drohende Hungerepöthe zu beschwören. Die Zukunft wird lehren, ob das möglich ist. Welche Löhne im Altsöld ortsüblich sind, verräth uns die „Droházi Ujság“, ein bürgerliches Provinzialblatt, mit dem Befenntnisse, der Tagelohn sei wohl im Altsöld seit jeher ein niedriger, aber noch nie sei er so tief gesunken wie in diesem Jahre. Man zählt beim Bündeln der Tabakblätter für eine zweistündige Arbeitszeit, das ist von Morgens 4 Uhr bis Abends 9 Uhr, vierzehn, aber auch zwölf Kreuzer!

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

Aus dem Reichstage. Vier Sitzungstage hindurch steht man die Umsturzvorlage schon auf der Tages-

Ordnung — aber die Rednerliste will sich nimmer erschöpfen und leeren und dabei ist von unserer Partei, die doch die Hauptbetheiligte dabei ist, erst ein Redner zu Wort gekommen. Morgen soll die Berathung zu Ende gebracht werden, morgen wird auch Genosse Frohme auf all die Angriffe antworten, die gegen unsere Partei von fast allen Seiten des Hauses geschleudert worden sind. Die Debatte des heutigen Tages stand an Interesse den Reden der übrigen Tage nicht viel nach. Zwar die Rede des Grafen Limburg-Stirum bot nichts Besonderes; hatte ihm doch gestern Herr von Stumm schon fast alle Rosinen aus dem Kasten fortgeschmitten. Es war derselbe Faber, nur keine ganz so grobe Nummer. Der Grandseigneur war nicht so brutal wie der Neunkirchner König; ja, es entschlopfte ihm sogar das höfliche Compliment, daß unser Auer ihm eine sympathische Persönlichkeit sei. Gleich die folgende Rede des freisinnigen Abgeordneten Mundel regte das Interesse des Hauses auf das lebhafteste an. Der berühmte forensische Bertheliger schnellte gar spige Pfeile gegen die Regierung und die conservativen Parteien ab, die tief ins Fleisch drangen und tüchtig verwundeten. Herr Mundel folgten zwei Regierungsvertreter: der preussische Kriegsminister und der preussische Justizminister. Herr Bronsart von Schellendorf hielt es für angemessen, ein große militärische Generalpauke vom Stapel zu lassen. Wenn er auch als gewandter Debatter in der Form an Mundels Rede anknüpfte, so klangen doch seine Worte gar sehr wie eine bestellte Arbeit. Ein Theil unserer Parteigenossen nahm wohl die ganze Radomontade viel zu ernsthaft, es hätte der vielen Zwischenrufe nicht bedurft, um die starken Proklamationen des kriegerischen Kriegsministers ins rechte Licht zu setzen. Eine von Spantinnismus triefende Rede hielt der „Staatsmann“ von Bennigsen, sein Loblied auf die deutschen Fürsten wollte gar kein Ende nehmen. Auch diesmal wieder forderte der Liberal-Bennigsen zur Gründung eines Rüstbundes auf, diesmal soll aber die Vereinigung dem s-ligen Cartellbunde verwandt werden. Nicht schlecht war die Abfertigung, die Dr. Barth dem Führer der National-Liberalen zu Theil werden ließ. Dr. Barth wie der Schlusredner, der elstfährige Professor Colbus, sprachen sich gegen die Vorlage aus. Was bei ihrer Ablehnung die Auflösung folgen? Die heutige Rede des Justizministers Schönstedt läßt das zweifelhaft erscheinen.

11. Sitzung.

Donnerstag, den 10. Januar 1895.
Nachmittags 1 Uhr.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung.
Am Bundesrathstische v. Völkicher, Schönstedt, Nieberdingh, v. Bronsart.

Die Berathung der Limburg-Vorlage wird fortgesetzt.
Abg. Graf v. Limburg-Stirum (cons.): Die Socialdemokratie nennt sich Arbeiterpartei. In dem Sinne der Forderung für die Arbeiter sind alle anderen Parteien im Hause mehr Arbeiterpartei als die Socialdemokratie. (Lachen links.) Es ist ebenso unbeschäftigt von einem bedeutenden Kern der Socialdemokratie zu sprechen die Socialdemokratie ist in keiner Weise vereintigt, ihr Kern ist das Streben nach dem Umsturz, die Arbeiterfrage ist kein Charakteristikum der Partei. Von der Socialdemokratie meint alle Parteien eine sehr kluge, sie ist nicht so normal, wie sie Auer dargestellt hat. Im übrigen muß ich anerkennen, daß die Auer'sche Rede von einem Standpunkt aus sehr geschickt war. Er ist eine sympathische Persönlichkeit und hat mit Ruhe und Vorsicht gesprochen. Er hätte sich bei seinen Angriffen auf die Conservativen noch größerer Gründlichkeit bedürftigen sollen. Der Angriff gegen die Grundbesitzer wegen des Bauernlegen war deplacirt er mag vor Jahren berechtigt gewesen sein, jetzt ist er es nicht mehr. Jetzt sind die Grundbesitzer froh, wenn sie sich selber erhalten können. Auch bei den Socialdemokraten leben die Führer und Höherstehenden auf Kosten der Massen. (Sehr richtig, rechts.) Auch bei Ihrer Erganzung der Arbeit ist es unbedenklich, daß solche produziert wird, daß die ganze Klasse reichlich und gut leben kann. Es ist gemeinsames, den Arbeitern das Gegentheil vorzureden. Den Socialdemokraten fehlt der Sinn für Ironie und Glanz dem Staat und der Gesellschaft gegenüber. Sonst könnte nicht ein Führer hier erklären, er wänne den Tod aus Kaiserthum, obwohl er Republikaner ist. — Redner behandelt die Erklärung des Grafen zur Vorlage. Der Schluß der Rede Grafens mit dem Hinweis auf Jesus Christus hat uns sehr sympathisch berührt. (Bravo rechts.) Genoss die Einleitung der Rede in der er die Gefahren der Socialdemokratie sehr berechtigt schildert. (Sehr richtig, rechts.) Dagegen waren wir mit dem unklaren Theil seiner Rede nicht einverstanden. Das Sozialengesetz ist nicht wie Herr Gröber behauptet hat, ein Ausnahmengesetz (Ob und Sachen im Centrum), denn es trifft nicht die ganze katholische Bevölkerung, sondern nur die wenig geistreichen Familien. (Lachen im Centrum.) Das Centrum glaubt die Socialdemokratie durch die Ehrlosigkeit der Orden überwinden zu können; das glaube ich nicht: in Ländern, wo die Orden unbeschränkt arbeiten, giebt es auch eine starke Socialdemokratie. Das Centrum hat die Gefahr, die uns von der Socialdemokratie droht, noch nicht vollkommen begriffen, sonst würde es nicht die Gelegenheiten benutzen wollen, Concessionen für seine Sonderinteressen dabei herbeizuschleppen. (Sehr wahr! rechts.) Gerade im Centrum, Geringsten in jetzt wichtiger als

je. Es war einer großen Partei nicht würdig, einen Mann wie Gustav Adolf als Nordbrenner durch den Mund des Abg. Gröber bezeichnen zu lassen. (Sehr richtig, rechts.) Nach dieser Logik wären ja alle Generäle und Pörsführer Nordbrenner und Verbrecher. — Die einzelnen Bestimmungen der Vorlage müßten naturgemäß elastisch sein, dem Richter muß die freie Entscheidung gelassen werden. Nehmen Sie diese milde Vorlage ab, so werden die Repressalien, die später nöthig werden, wenn es einmal zum Klappen kommt, viel schärfer ausfallen. Glauben Sie denn, daß die Socialdemokraten wenn sie einmal zur Macht kommen, milde Gesetze gegen uns machen werden? Ich hoffe, daß bei der Commissionsberathung etwas Brauchbares zu Stande kommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Mundel (frei. Volksp.) Nach der Meinung des Herrn v. Stumm müßten alle Socialdemokraten ihrer Gesinnung wegen bestraft werden. Durch einen Zuruf des Abg. Singer ist das noch etwas lapidar ausgedrückt worden. (Weiterkeit links.) Selbst auf die Etappe zu einem solchen Gesetze müßten wir uns aber nicht gern begeben. Strafgesetze sollte man nur dann machen wenn sie nöthig sind, und ohne Grund sollte man die Justiz nicht in den Dienst der Politik stellen. (Sehr richtig links.) An die Vorlage trete ich im Uebrigen ohne Vorurtheil mit ganz kühnem Herzen heran. Ich gehe sogar noch weiter: ich trete der Vorlage mit dem Wohlwollen entgegen, das man dem Unglücklichen im Ganzen schuldig ist. (Weiterkeit.) Denn das Kind hat bei der Geburt schon den Vater verloren. (Weiterkeit.) Viel schade dieser Verlust übrigens nicht, denn die Pflanzlinge nehmen sich des Kindes vielleicht mit mehr Liebe an, als es die eigentlichen Eltern gethan hätten. (Sehr richtig links, Weiterkeit.) Man verlangt, daß wir die Vorlage mit Vertrauen ansehen sollen, daß wir Vertrauen zu den Männern die sie eingebracht und Vertrauen zu unseren Richterständen haben. Ich habe das unbedingte Vertrauen zu allen Männern im Parlament weil ein Mangel an Vertrauen unparlamentarisch wäre. (Weiterkeit.) Wer steht dafür, daß auf die Männer des neuen Curfes ein alternativer Curf folgt, der da sagt: Wir brechen das Gesetz überhaupt nicht, aber es reicht nicht aus, eine ex-Trium ist nöthig, vielleicht mit der Zingerischen Verbesserung. (Große Weiterkeit.) Wenn ich Gesetze mache, lasse ich mich vom Vertrauen nicht leiten. Ich gehe davon aus, daß die gute Absicht bei den Herren von der Regierung vorhanden ist, aber auch bei allen Parteien im Reichstage. Kein Reich will den gewaltsamen Umsturz; Herr Auer hat ihn ausdrücklich abgelehnt. Und wenn das einer beweisen wollte, so wäre das parlamentarisch unzulässig. Neulich hat man hier verlangt, daß künftig bei einem Hoch auf den Kaiser jeder aufstehen solle und hat das bewirkt wollen durch ein Minut, wodurch die Jmmunität des Reichstages aufgehoben worden wäre. Man hat die Verfassung sogar dahin auslegen wollen, daß die Jmmunität nur besteht, wenn der Abgeordnete nichts Böses thut. Es ist jetzt gesagt worden, Aufsichten und Stenographen seien überhaupt keine Meinungsäußerung. Ja, meine Herren, (zu den Conservativen) wenn Aufsichten und Stenographen keine Meinungsäußerung ist, was ist es denn dann für ein Verdienst, daß Sie aufstehen sind? (Große Weiterkeit.) Interpretationen sind ja unermesslich Stände eigen, aber vor diesen Interpretationskünsten muß mein Vertreter stehen. Hat wer Kurde hat, ruft nach Strafgesetzen! Wenn mir ein solches Gesetz bevorzugen sollen, frage ich nach den Ursachen. Was ist denn eigentlich geschehen? Das Sozialengesetz war ein erschütternder Fehler, es entstand unter dem Eindruck trauriger Ereignisse. Es ist 12 Jahre verflungen und endlich aufgehoben worden, und zwar, wie vielleicht Herr v. Stumm sich erinnert, weil einige zu viel verlangten und dabei nichts bekommen. Man rühmt nun, wie schon man ohne das Sozialengesetz auskäme, und in der That, eine bestimmte Menge hat man nie gekannt. Was ist denn dieser Zeit denn geblieben, was hat sich geändert? Der Kampf für die Handhabung des armen Volkes? Es soll für alle gleichmäßig gelten. Wo aber kein Kläger ist, da ist kein Richter und der Kläger ist nur der Herr, die jeden Augenblick abgelehrt werden kann und den oberen Richter zu stellen sein muß. Was können wir da in der Wirklichkeit erreichen, das kann sich alle Phantasie nicht ausmalen. Der der Regierung unangenehm ist, wird geköpft, zunächst die Herren links, aber vielleicht gerath man auch weiter rechts, da giebt es auch einige unheimliche Fälle. Ich denke z. B. an den Collegen Sig. (Große Heiterkeit.) Wenn ein Gesetz vorhanden ist, so ist es nicht dem Herrn es Socialdemokraten giebt, sondern man den guten Kern in der Socialdemokratie entdeckt hat, und den haben nicht wir entdeckt, sondern Herr Stimmann Urtheile sind doch vorhanden und wenn die Herren links glauben, die Urtheile sind auf dem Wege zu liegen zu können, so ist es ihr Recht und ihre Pflicht, den Weg zu machen, selbstverständlich unter Beobachtung der bestehenden Gesetze. Das verdrängen uns jetzt Herrn zu thun. Wir haben bisher keinen Erfolg, Ihnen nicht zu glauben. Die Vorlage schlägt Straferhöhungen für Aufstellungen zu verdrängen der. Jetzt war das Maximum 1 Jahr Gefängnis. Hat man irgendwo die Erfahrung gemacht, daß dieses Maximum nicht ausreicht? Und dann kommt es immer wieder und wieder. Kommen auf Ehe und Familie sollen mit Justizbehörden gehandelt werden können. Ich denke an den Fall, daß der Sohn einer socialdemokratischen Familie beim Militär dient, Sachen dann der Sohn in seiner Familie, dann kann die Familie mit Justizbehörden bestraft werden. Sie sind ja selber die Bundesräthe bestraft worden, wie hat man die Commissionsberathungen der jungen Leute in den vier Jahren bestraft. Jetzt sind diese Ziele längst erreicht. Der weiß, daß nicht in 20 Jahren auch andere Ziele erreicht sind, die jetzt verfolgt werden. Man soll künftig noch mehr verdrängen können, die bestehenden Gesetze sind die Schiffs und andere fallen zum Beispiel hin. Es wird sich empfehlen, ein Vergehen, diejenigen, die verdrängen, aufzuheben, die unklar verdrängt werden dürfen. Die Herren wollen es sogar verhindern, daß man ein Verdrängen erwünschten findet. Das widerspricht doch der Reichsordnung. Man magte ja unter Verdrängen zu leben glauben, an der Reichsordnung verdrängen, wenn man nicht die jenen Verdrängen auch ein erwünschten Verdrängen findet. (Bravo links.) Die Religion soll gefördert werden, welche Religion? Die einjäh-

bestimmte Religion ist doch schon jetzt durchs Strafgesetz geschützt. Was soll der besondere Schutz der Monarchie. Die Bedanke, ob man in einer Monarchie oder Republik glücklich lebt, müßte doch in Europa, wo es Republiken giebt, her erörtert werden dürfen. Sollen denn alle Monarchen geschützt werden. Handelt jemand gegen die bei uns bestehende Monarchie, so unterliegt er dem Hochverrathsparagrafen, beleidigt er den Träger der Krone, so wird er wegen Majestätsbeleidigung bestraft? Das sollte doch genügen. Man hat hier die Professoren und die Wissenschaft angegriffen. Von der Wissenschaft droht keine Gefahr. Sie suchen die Wahrheit zu erforschen, kann dabei wohl einmal irren, findet sie nicht immer glatt, aber sie schreitet auf dem Wege rüthig und sicher vorwärts. Und wenn Herr Gröber sagt: Es giebt kein Heil außer in Jesu Christo! Schön! Aber ich sage Jesus Christus wollte nicht die Knechtschaft, sondern die Befreiung der Menschenseele. (Lebhafte Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf. Der Herr Vorredner ist mit dem § 12 nicht einverstanden, er hält ihn für entbehrlich. Der Meinung bin ich nicht, da gegen hatte Herr Mundel recht, wenn er von der guten Disciplin in der Armee sprach. Ich hoffe, die Armee wird sich als scharfes Instrument erweisen, nach welcher Richtung sie auch einmal eingreifen müßten. Gegen jeden Unstehungsstoff aber ist das Heer nicht völlig immun. Die Disciplin könnte leiden, wenn wir gewissen Erscheinungen der Neuzeit gegenüber den Kopf in den Sand stecken und Sie die Mittel verweigern wollten, gegen Bestimmungen, die systematisch jede Autorität zu untergraben, jeden Treubruch als berechtigt hinzustellen gewillt sind. (Auf links Bahnhum.) Ich glaube daß Sie (links) den Soldaten den Rath geben, sich gut zu führen, auch daß Herr Stolle seinem Sohne den Rath gegeben hat, glaube ich, aber ob alle ihre Internen so denken, bezweifle ich. Sie haben zu viel Francireus unter sich, zu viel Leute, die gewerbsmäßig agitiren, auch solche, denen die Sache viel zu langsam geht. Wir denen müssen wir rechnen. Wie kommt es sonst, daß ab und an bald in dieser, bald in jener Kaserne ein Jugblättchen, ein Lied gefunden wird. Ich frage, wie kommt es, daß jetzt weit häufiger Posten angegriffen werden. (Rufe bei den Socialdemokraten: Wo? Sind das Socialdemokraten.) Nein, meine Herren, es sieht auch keiner von Ihnen so aus, wie einer, der ein Pulver-Magazin erbrechen wollte, wollte, wenn ein kräftiger Grenadier davor steht. (Große Weiterkeit.) Aber wenn der große Krach kommt, von dem Sie ja immer sprechen, wenn dann der Ruf ertönt, die Herren Reichstagsabgeordneten vor die Front! (Auf rechts: Singer, Singer) dann müssen Sie mitthun. Dann ist es mit dem Mundspiken vorbei, dann muß gewiffen werden. Dann werden wir sehen, was Sie auf diesem musikalischen Gebiete leisten können, und wenn die Noten zuletzt ausgehen. (Lebhafte Bravo rechts.) Ich verleihe das weitere Bild. (Weiterkeit.) Die Mehrzahl der Rekruten kommt von erblichen zum Militär. Es sind fromme gottesfürchtige Soldaten. Es giebt aber auch schon verwaarloste unter ihnen, die in den Werkstätten, in Versammlungen vermorenes Zeug gehört haben. (Bewegung links. Ruf: Was wissen Sie davon!) Was ist nun das Schicksal eines bekehrten Soldaten. Er erleidet schwere Strafen, die Anstifter gehen aber gewöhnlich leer aus. Im Kriege und es kann verschiedene Arten von Kriegszuständen geben (hört, hört links) stellen wir ihn auf den Sandhaufen und lassen ihn schimpflich erden durch das Blei seiner Kameraden. So erfordert es Recht und Gerechtigkeit. (Lebhafte Rufe links: Recht? Recht?) Redner mit erhobener Stimme: So erfordert es Recht und Gerechtigkeit. (Lebhafte Widerstand links.) Damit wir nicht in solche Lage kommen fordern wir von Ihnen diese Vorlage. Verweigern Sie uns nicht die Mittel dazu. (Lebhafte Beifall rechts. Zischen links.)

Justizminister Schönstedt: Zu meinem großen Erstaunen hat der Herr Abg. Mundel das Gesetz als unannehmbar bezeichnet, während seine Partei bisher ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, auf dem Boden des gemeinen Rechtes sich bewegende Vorschläge sachlich zu prüfen. Der Abgeord. Mundel hat sogar die Entdeckung gemacht, daß die Vorlage ein Ausnahmengesetz sei. Damit wird er wohl allein stehen. In weiten Kreisen des Bürger- und Bauernstandes ist die Meinung vorhanden, daß dies Gesetz unbedingt notwendig ist. (Beifall rechts. Unruhe links. Rufe: Beweisen sie doch das.) Das Gesetz erfährt in seinen Einzelheiten sehr viel Anfechtungen. Es sei sehr leicht, die einzelnen Paragraphen herzunehmen und Fälle zu construiren, wo ihre Anwendung absurd wäre. Das kann man aber mit jedem Gesetz machen. Für die richtige Anwendung muß das gesunde Urtheil und die Unabhängigkeit der Gerichte bürden. Haben Sie dieses Vertrauen zu den deutschen Gerichten nicht mehr, dann lehnen Sie die Vorlage ab. Sonst müssen Sie sie annehmen eventuell den Verbesserungen der Commissionsberathung. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen (natlib.). Der Herr Abg. Mundel hat mit ein paar wohlfeilen juristischen Witzern (Große Unruhe links) eine Vorlage bekämpft, deren Annahme das deutsche Volk schon lange vom Reichstag erwartet. Wir befinden uns in einer schwierigen und ersten Lage, wir stehen mitten in einer wichtigen Episode des Kampfes zwischen Bürgerthum und Umsturz, und da müssen wir eine solche Rede hören. (Unruhe links.) Im deutschen Volk fragt man sich: Wo ist die Autorität in Deutschland? Ist eine tägliche Unterwühlung unserer Zustände ungestört und ungehindert möglich, bis die revolutionären Elemente der Zeit zum Vorschein für gekommen erachten und ihren „heraldischen“ Jahrestag errichten? Ich glaube, selbst Herr Richter sieht besser als Herr Mundel die Gefahren ein, die uns von der Socialdemokratie drohen. Wenn der Abg. Mundel die Sache so leicht behandelt, so sei er nur an Daim erinnert. Wohin ist es mit dieser Stadt gekommen, die so lange unter dem Einfluß der Partei des Herrn Mundel stand? Und hat nicht Herr Hänel s. Z. eine Vorlage zum Gesetz des Sozialengesetzes entworfen, die in vieler Hinsicht klüger war, als diese Vorlage? (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Eine Reihe anderer Staaten hat viel schärferer Maßregeln gegen Anarchie und Socialdemokratie in letzter Zeit getroffen, als sie jetzt uns vorge schlagen werden. Und da wundern sich die Herren (zu den Social.) daß man sich in Deutschland auch entschließt, bessere Schutzwehren gegen die revolutionäre Unterwühlung zu schaffen.

Zu bewundern ist nur die Langmuß, mit der man sich das solange hat gefallen lassen. (Beifall bei den National-liberalen und rechts.) Die Socialdemokratie weist auf die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien hin. Das wird nicht eher anders werden, als bis die bürgerlichen Parteien einsehen, daß alle ihre Einzelbestrebungen von verschwindender Bedeutung sind gegenüber dem großen Kampf mit der Revolution. Abg. Groeber glaubt alle Mißstände auf die Beschränkung der Orden zurückführen zu können. In allen Einzelstaaten, auch in Preußen, giebt es heute eine so große Anzahl Orden wie selten früher und sie wirken sehr wohlthätig. Das Centrum hat also keinen Grund zur Beschränkung. — Die Commission wird sich nur mit Einzelheiten beschäftigen können, im Großen und Ganzen kann nichts geändert werden. Die Vorgänge in den Nachbarländern müssen uns eine Warnung sein. Redner geht zu einer Besprechung der Einzelheiten über, in denen er gar keine ungeheuerlichen Dinge sieht. Er beklümmert den Kriegsminister für sein entschiedenes Auftreten. Für jede revolutionäre Propaganda sei das Eindringen in das Heer die nothwendige Voraussetzung für den Erfolg (Mufe bei den Socialdemokraten: Hammacher, 1848!) Ich habe keine Veranlassung auf das einzugehen was 1848 geschehen ist. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Das Heer müsse jedenfalls geschützt werden. — Wenn man hier von der verschiedenen Form des Eigentums gesprochen hat, so ist das Listerei. Die Vorlage soll nur die beschimpfenden Aeußerungen bestrafen, die sich gegen das Eigentum — natürlich nach unseren heutigen Rechtsbegriffen — richten. Die hier vorgebrachten Interpretationen sind ganz unsinnig. Was den Schutz der Monarchie anlangt, so beträchtigt die Vorlage nur unsere Verhältnisse, sie will gegen die systematische Untergrabung unserer monarchischen Einrichtungen von der linken Seite. Die Socialdemokratie will doch die Monarchie beseitigen. So unaufrichtig werden doch die Herren hier im Hause nicht sein, daß sie das nicht zugeben sollten. Vielleicht ist es jetzt gerade nothig, die Monarchie besonders zu schützen. Frühere Zeiten sind der Monarchie günstiger gewesen, aber bei uns ist die Monarchie noch Gott sei Dank fest gefügt. Unser Fürstenhaus wurzelt im Herzen des Volkes, weil sich unsere Fürsten stets in den Dienst des Volkes gestellt haben. (Bravo rechts, Widerspruch links.) Friedrich der Große hat gesagt: „Ich bin der erste Diener des Staates“ und diesem Satze sind die Fürsten treu geblieben. Deshalb hat sich auch bei uns die Monarchie trotz aller Umwälzungen fest erhalten. Und dieses köstliche Gut wollen wir uns auch nicht nehmen lassen. (Bravo rechts.) Herr von Stumm hat freilich gestern nicht die richtigen Abwehrmaßregeln empfohlen. Die Worte von der Entziehung des activen und passiven Wahlrechts wären besser unterblieben. Auch die Ausweisung halte ich, wenigstens gegenwärtig, für einen Fehler. Es giebt in Deutschland viele socialdemokratische Vereine mit hunderttausenden von Mitgliedern, die ganz harmlos sind. Soll man diesen allen das Wahlrecht entziehen? Der Arbeiter hat Antheil an den Gütern der Cultur: er muß auch staatsbürgerliche Rechte haben. Es wird sich in der ganzen nächsten Zeit darum handeln, ihnen diesen Antheil an den Gütern der Natur zu verschaffen. Gelingt das nicht auf dem Wege der Reform, so gehen wir schweren Zeiten entgegen. Der Redner geht dann auf die gegen die Wissenschaft und die Professoren gerichteten Angriffe ein. Die deutsche Wissenschaft kann sich mit der eines jeden anderen Landes messen. Ja, es gab einmal eine Zeit, als die deutsche Wissenschaft das Einzige war, was Deutschland nachvollles befaß, als es noch keine politische Macht hatte. Alle Parteien mögen dazu beitragen, daß das Vertrauen der Nation wiederkehre. Der Reichstag vergesse die keinen Zwistigkeiten und vereinige sich zum Kampfe gegen die Verräther der Umsturzparteien. (Webhafter Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Dr. Barth (freif. Vereinig.): Der Abgeordnete von Bennigsen hat auf den Abgeordneten Hänel als eine Autorität für uns hingewiesen. Ich kann nun Herrn von Bennigsen auch mit einer Autorität dienen, die er anerkennen wird. Im Jahre 1875 schlug die Regierung eine Veränderung des § 131 des Strafgesetzbuches vor, die im Wesentlichen auf dasselbe hinauslief, was uns jetzt vorge schlagen wird. Und damals erklärte der Abg. Lasker Namens der nationalliberalen Partei, die damals mehr denn 100 Mitglieder zählte, daß diese Veränderung des Paragraphen vollständig unannehmbar sei, daß sie für seine ganze Partei außer jeder Verathung stehe. Was sagt Herr von Bennigsen dazu? Herr Hänel kann gar nicht gegen uns citirt werden, sein Vorschlag beruhte auf der damaligen Situation und ist ohne jede Beweiskraft für jetzt. Wir müssen uns doch fragen, woher die gewaltige Entwicklung der Socialdemokratie in den letzten Jahren kommt? Die Kraft der Socialdemokratie entspringt dem ungemeinen Glauben an die Staatsimpotenz. Dieser Glaube aber ist von der Rechten und den Nationalliberalen groß gezogen worden. Alle Klassen wurden von ihnen und dem Fürsten Bismarck geradezu aufgereizt, sich an den Staat zu wenden. Vergänglich haben wir, die Vertreter des Individualismus, während der ganzen Periode vor dem Tanz um socialistische Kalb gemarrt. Jetzt will man dem Socialismus mit Gewalt beikommen. In der Rede des Herrn von Stumm ist mit bisher beispiellosem Fanatismus gegen den Gedanken der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gekämpft worden. Noch nie ist die Ungeduld, die Abneigung gegen jede ruhige Entwicklung so frag zum Ausdruck gebracht worden. Wenn man nach seinem Recept verfahren wollte, könnte man wirklich vor manchem Professor mit der Ausweisung nicht Halt machen. Ich will den Entwurf nicht abweisen, die Bestimmungen, die sich gegen die Gewaltanwendung wenden, sind zu prüfen, denn ein Rechtsstaat kann seine Ordnung nicht gegen Gewalt aufrecht erhalten. Dabei erkenne ich durchaus an, daß viele Revolutionen sehr segensreich gewirkt haben, sie waren nothwendig. Die Schuld an diesen Revolutionen hatten die Mächtigen, die nicht gewillt waren, dem Volke das nothige Quantum Freiheit zu bewilligen. Es folgt daraus, daß zur Verhütung gewaltthätigen Umsturzes die Gewährung möglichst großer Volksfreiheit das beste Mittel ist. Deshalb sind die Bestimmungen der §§ 130 und 131 so von Grund aus verfehlt, die die Discussionsfreiheit so erheblich einschränken wollen. In der jetzigen Fassung ist jeder dieser Vorschläge

unannehmbar, dazu sind die Bestimmungen zu elastisch. — Die Aufrechterhaltung vollster Discussionsfreiheit ist unser Wunsch, da wir sie als das beste Mittel gegen Gewaltthätigkeiten halten. Die Vorlage will die abstrakten Begriffe der Monarchie, Ehe, Religion stützen. Eine Analogie besteht bei den Südbsee-Insulanern. Dort sind alle Dinge, die der König berührt hat, heilig und anbetungswürdig. Die Monarchie hat doch mit dem Sittengesetz aber nicht das Mindeste zu thun. Sie ist doch keine moralische, sondern nur eine historische Institution. Man kann doch nur darüber streiten, ob sie als Einrichtung zweckmäßig ist. Die Monarchie ist nur so lange eine lebendige Kraft, so lange sie die herbe Kritik vertragen kann. Wird die Vorlage Gesetz, so wird man im Volke sagen, wie schwach muß es mit der Monarchie bestellt sein. Freilich will man nur beschimpfende Kritik der Monarchie bestrafen. Aber was wird nicht alles an Interpretationskünsten geleistet werden? Jede beschimpfende Kritik hat durch die Beschimpfung schon ein gut Theil Wirkung eingebracht. Die beschimpfende Kritik hat nicht entfernt die gefährliche Wirkung, wie die sachliche tiefe wissenschaftliche Kritik, die den Herren vom Centrum so verhaßt ist. Die Vorlage stellt in der That die Freiheit der Forschung in Frage, die von Herrn Groeber gezogenen Consequenzen sind nicht von der Hand zu weisen. Daß sich die Religion nicht als Unterlage für einen strafrechtlichen Schutz eignet beweist der Ausspruch Schillers, daß er sich zu keiner der historischen Religionen bekenne — aus Religion. Gar manche Kirchenväter dürfte man, nachdem die Vorlage angenommen ist, nicht mehr citiren, weil sie sich gegen das Privateigenthum sehr scharf aussprechen. Chrysostomus hat die Reichen „Räuber“ genannt. Ist denn die Vorlage nothig? Ist denn die Socialdemokratie revolutionärer geworden. Im Wissenschaftlichen. Die Führer selbst, soweit sie zu den Vernünftigen gehören, und Sie gehören alle dazu (Heiterkeit), wissen ganz genau, daß sie ihren erbittertesten Feinden keinen größeren Gefallen thun können, als zu einem Act der Gewalt zu greifen. Das liegt im Interesse der Socialdemokratie selbst, denn nur dann hat sie die Chance, weitere Volkskreise für sich zu gewinnen, wenn sie sich von der rohen Gewalt fern hält. Und noch ein anderer Grund muß die Socialdemokratie davor beharren, zur Gewalt zu greifen. Jede andere Partei hat es viel leichter, wenn sie zur Macht gelangt, ihre Grundzüge zur Anwendung zu bringen. Ob Monarchie oder Republik, das sind untergeordnete Fragen gegenüber den Zielen der Socialdemokratie. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Es handelt sich für sie darum, eine ganz neue socialistische Unterlage für die Gesellschaft zu schaffen und das kann man nicht auf dem Wege der Gewalt. Das wissen die Führer selbst. Die bürgerliche Gesellschaft muß ihre Besonnenheit bewahren und sich nicht von denen mit fortreißen lassen, die nur im Schein der Kraft thätig sind, aber aus Angstlichkeit diese Vorlage vorschlagen. Die Bäume der Socialdemokratie wachsen nicht in den Himmel. Durch Unterdrückungsmaßregeln schweißen sie die differenzirenden Anschauungen innerhalb der Socialdemokratie zusammen und hindern ihren Zerlegungsproceß. Als zielbewußter Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft lehne ich die Vorlage in der Hauptsache ab, besonders die Paragraphen 130 und 131, weil sie nur Schaden stiften können. Abg. Colbus (Elsasser.) Wir lehnen die Vorlage ab. Weg mit allen Ausnahmegeetzen sagen wir, die wir unter der Dictatur leiden. Religion, Sitte und Ordnung werden auf diesem Wege nichts gewinnen. Viel wirksamer ist es, die Jesuiten zurückzurufen. Ein einziger Jesuit wirkt mehr gegen die Socialdemokratie, als ein ganzes Regiment Polizeidiener. (Große Heiterkeit.) Auf der ganzen Universität Straßburg, die dem Staat Millionen kostet, ist kein Funken von Religion. (Erneute Heiterkeit.) Wir verlangen die Aufhebung der Ausnahmegeetze, aber wir bekommen nie, nie und nochmals nie. (Große Heiterkeit.) Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Verathung.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Verathung.

Locales.

Breslau, den 11. Januar 1895.

Stadterordneten Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtväter ging es — was allerdings selten vorkommt — ziemlich lebhaft zu; insbesondere bei Verathung der Vorlage betreffend die Schaffung eines Betriebsfonds und in Sachen der Eingemeindung von Kleinburg. Die erstere Angelegenheit war eigentlich von vornherein klar gewesen, so daß über sie zu reden, als vollständig überflüssig erschien konnte. Nicht so mußte Herr Morgenstern, der so perlick kleinste unter den Stadtvätern, aber ein großer Finanzmann, gedacht haben, denn er begann gemurn, obwohl die Sache bereits im Ausschuss breit getreten worden ist, noch einmal über die Frage der Schaffung eines Betriebsfonds zu discutiren. Er brachte in Erinnerung, daß der Magistrat bei einer früheren Gelegenheit die Summe von 400,000 Mark zur Bildung eines Betriebsfonds für ausreichend erklärt habe und das jetzt wohl, wenn man den Betrag von 1 Million bewillige, den Bedürfnissen der Stadt völlig Rechnung getragen werde. Demgegenüber wiesen der Kammerer Körte, Oberbürgermeister Bender und Stadtv. Mugdan auf die Nothwendigkeit hin, einen Betriebsfond für die Stadt in Höhe von 2 Millionen Mark zu beschaffen. Im Sinne dieser Ausführungen fiel auch das Botum der Versammlung aus, die Ausschussanträge wurden mit großer Majorität angenommen.

Nach einigen unwesentlichen Vorlagen kam die Angelegenheit Kleinburg an die Reihe. Dieselbe dürfte genügend bekannt sein. Der Magistrat wünscht

die Einverleibung Kleinburgs und bemüht sich seit Jahren darum, die „Kleinburger“ haben dagegen nicht die geringste Lust „Breslauer Bürger“ zu werden, sondern fühlen sich in ihren Willen sehr wohl. Sie wollen allerdings dies ihr Strauben aufgeben, aber nur dann, wenn man ihnen, und das muß als sehr dreist und unverfroren bezeichnet werden, die weitgehendsten Concessionen macht, wie Steuerfreiheit u. Die Versammlung und der Ausschuss derselben hat denn auch nicht die mindeste Neigung gezeigt, den Ansprüchen der „Kleinburger“ — Steuerdrückberger nannte sie Herr Rippe — nachzukommen. Der Magistrat verlangt merkwürdiger Weise, nur um des lieben Friedens willen, daß man dem Anstehen der reichen Willenbesitzer, die in Breslau ihre guten Geschäfte machen, dennoch stattgebe um so den Streit, der sonst noch jahrelang dauern würde, aus der Welt zu schaffen. Wie friedfertig und lebenswürdig gleichzeit ist doch der Magistrat hier auftritt! Daß aber auch seiner Ansicht gemäß nicht gehandelt werden kann, brachte sehr treffend Herr Heilberg zum Ausdruck, indem er bemerkte, wie würden sich die anderen „Vorstadtbauern“ wohl zu einer Eingemeindung stellen, wenn den „Kleinburgern“ so günstige Bedingungen bewilligt würden. Der Ausgang der Sache war die Ablehnung des Magistratsantrages, auf Grund der von der Gemeinde Kleinburg aufgestellten Bedingungen die Eingemeindung vorzunehmen. Das Zwangsverfahren wird also wohl seinen Fortgang nehmen. Die ganze Angelegenheit zeigt wieder einmal recht deutlich, wie man es in gewissen Kreisen versteht, auf der einen Seite Geschäfte zu machen, andererseits sich das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten, ohne dabei besonders tief in den wohlgefüllten Geldebeutel greifen zu müssen.

[Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, E. D. 29 Hamburg.] Wie aus oem heutigen Inseratentheil zu ersehen ist, veranstaltet die Ortsverwaltung obiger Klasse Sonnabend, den 19. Januar cr., für ihre Mitglieder und deren Gäste im großen Saale des „Deutschen Kronprinz“, Kurze-gasse 50/52, zum Besten des Unterstützungsfonds genannter Klasse ein Tanz-Kränzchen. Es ist zu erwarten, daß sich die Mitglieder recht zahlreich beteiligen, da der Erlös des Vergnügens wiederum den Mitgliedern zu Gute kommt. Alles Nähere sowie über den Bezug der Eintrittskarten siehe das Inserat in heutiger Nummer.

[Stadt-Theater.] Heute, Freitag, gelangt die fünfactige Tragödie „Thimon von Athen“ zur ersten Aufführung. — Morgen, Sonnabend, findet eine Wiederholung der Oper „Der Widerspännigen Zähmung“ in der bekannten Besetzung statt.

[Lobe-Theater.] Der morgen Sonnabend stattfindenden Premiere der vieractigen Schwank-Novität „Zum wohlthätigen Zweck“ wohnen die beiden Verfasser von Schönhan und Kadelburg persönlich bei.

[Dachstuhlbrand.] Am Mittwoch Abend in der 11. Stunde bemerkte ein Fleischerlehrling in den Bodenträumen des Grundstücks Sadowastraße 34 heulen Feuerchein und rief deshalb sofort die Feuerwehr herbei, die mit beiden Abmärschen auf der Brandstelle eintraf. Wie sich bald herausstellte, hatte das Feuer den größten Theil der Dachconstruction und die Bodenverschlüge im 5. Stock des linken Seitengebäudes erfaßt. Es währte mehrere Stunden, ehe das Feuer so weit als gedämpft angesehen werden konnte, daß eine Weiterverbreitung nicht mehr zu befürchten war. Das auf noch unermittelte Weise zum Ausbruch gekommene Feuer hat einen überaus großen Theil von Wirtschaftssachen vernichtet, die in den Kammern aufbewahrt worden waren. Die Thätigkeit der Feuerwehr dauerte über 4 Stunden.

[Revisionen der im Verkehr befindlichen Waage, Gewichte und Waagen] durch Polizeibeamte unter Zuziehung eines Richters (vgl. Achmeisters For) werden im Monat März d. Js. im 3. Polizei-Commissariat abgehalten.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 9. d. Mts. 30 Personen. — Gestohlen: einaar Kaufmann auf der Neuschstraße ein Kästchen Sardinen. Abhanden gekommen: ein Fittschragen, ein schwarzes Smaileuraband, ein Pensonsausweisbuch und zwei Portemonnaies mit 9 und 11 Mark Inhalt. — Gestohlen: ein neues Kammerarbeitkleid.

Schlesien.

Eine Agitationsreise wird die Genossin Frau Emma Threr aus Westen vom 20. bis 25. d. Mts. in Schlesien unternehmen

und dabei Vorträge über die „Proletarische Frauenbewegung in politischer wie gewerkschaftlicher Beziehung“ und ähnliche Thema halten.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte, die den Wunsch haben, Frau Jörz zu hören, dies der Unterzeichneten möglichst sofort mitzutheilen und genau anzugeben, für welchen Tag und in welchem Local die betreffende Versammlung einberufen wird.

Frau Kaiser,
Breslau, Kurzegeasse 28 III.

Vereine und Versammlungen.

Arbeitslosen-Versammlung.

Wie wir in der gestrigen Nummer kurz berichteten, fand am 10. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Saale des Deutschen Kronprinz auf der Kurzen Gasse eine Arbeitslosen-Versammlung der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Herr G. Bergmann, der das Referat übernommen hatte, ermahnte die anwesenden Kollegen zunächst, dem Verlauf der Versammlung ohne jede Störung zu folgen, und verbreitete sich alsdann in längerer Rede, der die Versammlung mit Spannung und großer Aufmerksamkeit folgten, über die Ursachen und die Folgen der Arbeitslosigkeit.

Die heutige Versammlung sei, wie Redner betonte, einberufen worden, um öffentlich laut Protest gegen die kapitalistische Produktionsweise zu erheben. Denn die Arbeitslosigkeit bilde geradezu schon eine ständige Einrichtung in der Gesellschaftsordnung. Sie zeige uns ein trauriges Bild von der wirtschaftlichen Krisis an der Tausende und Abertausende zu Grunde gehen. War viele unserer arbeitslosen Arbeitsbrüder ziehen es vor, freiwillig in den Tod zu gehen, als dem hereinbrechenden Elend länger zuzusehen. Wie viele Proletariatkinder müssen hungern, ohne Frühstück zur Schule gehen, und kommen sie heim, so suchen sie vergeblich ein Stückchen Brot. Nur der Vermöglichere vor dem Hunger und der Noth eines Arbeiters, der Monate lang erwerbslos ist, eine Vorstellung zu machen, der selbst einmal in dieser Lage gewesen. (Bravo.) Was sind nun die Ursachen dieser immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit? Der ungeheure Concurrenzkampf trägt die Schuld, er kennt kein Erbarmen mit dem Arbeiter; um seine Producte so billig wie nur irgend möglich auf den Weltmarkt bringen zu können, muß die billigere weibliche Arbeitskraft herangezogen werden, müssen ungelernete Arbeiter an die Stelle der gelernten Arbeiter treten. Mittelt der Hungerpeitsche können ja die Arbeiter zu den geringsten Löhnen zur Arbeit getrieben werden. (Lebhafter Beifall.) Man begreift nicht, daß durch die Verdienstlosigkeit der arbeitenden Klasse sich die Waarenlöhner anhäufen, wodurch die Calamität immer größer wird. Auch die Kleinmeister, die Zwischenhändler, sind nicht besser gestellt: es spottete jeder Beschreibung, wenn man sieht, wie diese Leute von Möbelhändler zu Möbelhändler laufen und ihre Waaren zu wahren Spottpreisen feilbieten. Aber die Händler kaufen noch nicht beim ersten Male, sie lassen die Leute erst niederkommen, sie wissen genau, daß sie der Schuld drückt. Für die Thiere hat man wohl Schutzvereine, für die Qual der Menschen hier aber Niemand Schutz.

Angesichts dieser überaus traurigen Verhältnisse, die nicht bestritten werden können, wenn auch die Besessenen von arbeitsscheuem Geinzel sprechen, um die Schuld von sich abzuwälzen, müssen die Arbeiter ihr unübersteigbares Recht auf Arbeit geltend zu machen. Sie müssen ein wirksameres Arbeiterschutzgesetz fordern, welches die Arbeitgeber verführt und sie vor der möglichen Ausbeutung schützt. Die Arbeitslosen haben keine Krankenversicherung, denn sie können ja die Beiträge nicht zahlen, und eine Altersversicherung giebt es für die Arbeiter auch nicht, denn es wird Niemand von ihnen 71 Jahr (Bravo). Als ein wahrer Hohn sei es anzusehen, wenn jetzt Gesetze gemacht werden sollen, die dazu bestimmt sind, das Eigentum zu schützen! Kann wohl eine Gesellschaftsform mehr ausgeglichen werden, als wie die arbeitende Bevölkerung durch die Besessenden ausgebeutet wird? Eher haben doch die Arbeiter das Recht, das ihr Leben und ihre Gesundheit geschützt werde. Anstatt zu Umkleiswagen würden bei uns die Gelder zu Militärszwecken und zur unfruchtbaren Colonialpolitik verwendet. Aber das Bestrafen des deutschen Proletariats erhebt sich und fordert Freiheit und Gleichberechtigung! Mögen sie erwidern, unsere Väter, mögen sie den Warnungsruf vernehmen, Hilfe zu schaffen, ehe es zu spät. Der arme Mann, der er nicht das Recht zum Leben, wie der Besessende, der nur zum Consonanzschreiben geboren zu sein scheint? In allen Sänen des deutschen Reiches läreien unsere arbeitslosen Brüder nach Brot, und doch wird Nothstand nicht zugegeben? Ist eine solche Handlungsweise mit den Grundgesetzen des Christenthums vereinbar? Ist das der Erfolg einer 200-jährigen Entwicklungsperiode? Reinen es die Sorgen des Christenthums Ernst mit ihrer Fürsorge für die lebenden Menschen, warum können sie nicht für das Proletariat? (Lebhafter Beifall.) Im Besonderen auf die Lage der in der Holzindustrie Beschäftigten eingehend, zeigt Redner an nachfolgender Statistik, wie groß die Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe hierorts ist. Um die Zahl der Arbeitslosen festzustellen, sind im Arbeitsbureau der Distrikt folgende Fragebogen zum Ausfüllen angesetzt worden.

Arbeitslosen-Statistik im Holzgewerbe.
Kunde des Arbeitslosen? Alter? Berufszweig oder Lebens? Wohnung des Arbeiters? Zahl der Kinder unter vierzehn Jahren? Zahl der Kinder über vierzehn Jahren? Arbeitslos vom (Datum)? In welcher Branche beschäftigt? Ob Bauarbeiter? ob Möbelhändler? ob Holzhandwerker? oder Bauunternehmer? — Die genannte Statistik zerfällt in zwei Theile und zeigt denn auch in voller Klarheit, wie tief die Arbeitslosigkeit unter den Holzlern herrscht. Die erste Erhebung umfaßt die Zeit vom 1. November bis 31. December 1894. Die zweite Erhebung hat am 6. Januar dieses Jahres stattgefunden. An diesem Tage waren 101 Arbeitsloser im Arbeitsbureau um Arbeit nachfragen, welche im Ganzen 4126 Tage arbeitslos waren. Davon waren 42 Schöge, 57 Verheirathete mit 129 Kindern, 2 Witwen mit 3 Kindern, von den Kindern sind 98 unter 14 Jahren und 31 über 14 Jahre alt. Die 42 lebigen Arbeitslosen zerfallen in 30 Möbelhändler mit 12 Bauarbeitern und sind gesammmt 1294 Tage arbeitslos. Von den 57 Verheiratheten sind 16 Möbelhändler mit 41 Bauarbeitern. Diese 57 Verheiratheten waren also gesammmt 2761 Tage arbeitslos gewesen. Dies bedeutet einen Verlust von Arbeitslohn mit 3 Mann pro Tag berechnet, von 1235 Mann. Ferner haben in der Zeit vom 1. November bis 31. December 361 Arbeitslose wegen Zwangszustand angesetzt. Davon waren 236 verheirathet mit 431 Kindern, 4 Witwen mit 7 Kindern, 131 ledige, welche nach 1000 Tage arbeitslos waren, oder im Mann berechnet jeder 25 Tage. Folke Summe von Mann und Kind sprechen sich über nachfolgend. Wie mag es in den Familien aussehen, wo der Ernährer für Wochen nicht daheim. Das unheimliche Bild, welches

die gesammten Kosten, die zur Erhaltung des Klassen- und Militärstaates erforderlich sind, aufbringen muß, habe ein Recht zu verlangen, daß der Staat Gesetze schaffe, welche dem maßlosen unerschämten Ausbeutung der Arbeiter ein Ziel setzen. Der Referent forderte darauf die Kollegen auf, sobald sie wieder Arbeit erhielten, unverzüglich in die Organisation einzutreten, durch die der Großindustrie ein Damm entgegengeleitet werden könne. Als Resultat der Versammlung empfahl Bergmann folgende Resolution anzunehmen:

- 1. Arbeit und Brot.
- 2. Directe und ausreichende Unterstützung aller Arbeiter aus staatlichen und communalen Mitteln, laut §§ 1 und 2 des 14. Theiles des preußischen Landrechts, aber keine des Wahlrecht raubende Armen-Unterstützung.
- 3. Gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.
- 4. Beseitigung der die Arbeiter schädigenden Zuchthausarbeit.
- 5. Beseitigung des die Arbeiter in gleicher Weise schädigenden Submissionswesens.
- 6. Schaffung eines wirksamen Arbeiterschutzgesetzes, welches der gewissenlosen Ausbeutung der Menschen durch den Menschen ein Ziel setzt.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einer kurzen Discussion, in welcher von mehreren Rednern Beispiele der aus der Arbeitslosigkeit resultirenden Noth angeführt wurden, schloß der Vorsitzende, Colleague Walter, mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung und die internationale Socialdemokratie die Versammlung.

Die Polizeibehörde hatte wieder ein großes Aufgebot von Schutzmannschaften gestellt, diese hatten aber nicht den geringsten Anlaß, irgendwie einzuschreiten.

Gerihtliches.

Pr.-Proceß. Genosse Reinhold Schebs stand am 10. Januar wieder vor der ersten Strafkammer, um sich wegen Beleidigung eines Bergwerksdirectors zu verantworten. Am 10. October v. J. erschien in der Wochenaußgabe der „Volkswacht“ ein längerer Artikel, welcher sich mit dem auf Gustavgrube bei Gottesberg ausgebrochenen localen Ausstand beschäftigte. In diesem Artikel wurde dargelegt, daß die nieder-schlesischen Bergarbeiter entschlossen volle Berechtigung zum Streik hatten; das bewiesen nicht nur die vom Bergwerksdirector Fehner gezahlten Löhnen, sondern sie gehe auch aus den aus Anlaß des Ausstandes von den Streikenden aufgestellten Forderungen, treffend die Behandlung der Arbeiter, klar hervor. Die Berechtigung zur Insecurierung des Ausstandes genüge aber noch lange nicht, in denselben einzutreten. Der Streik, heißt es weiter, sei ein weischneidiges Kampfmittel, von dem schließlich der Arbeitgeber den größten Vortheil zieht. Um auch einigermaßen einen Erfolg zu erreichen, wäre es überhaupt nothwendig, daß nicht nur die nieder-schlesischen Bergarbeiter, sondern auch die aus den Kohlenrevieren von Oberschlesien, Westfalen und der Rheinlande streikten. Ein derartiger Ausstand lege aber die Solidarität aller deutschen Bergarbeiter voraus, welcher Wunsch vorläufig noch nicht in Erfüllung geht.

Der Artikel stützt sich deshalb darauf, daß nur die Presse und Organisation der Arbeiter geeignet erscheinen, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, die schließlich dann führen könnte, daß die Regierung kurz oder lang gesetzliche Maßregeln treffen würde, gegen die nigen Großindustriellen, die die Arbeiter in ungeheurer Weise ausbeuten, energisch vorzugehen. Auch würde durch den immer wiederkehrenden Appell an die Mäßigkeit und Vernunft, der durch die Organisation und die Presse an die Besessenden gerichtet wird, denn doch nicht ohne alle Wirkung verhallen, denn es könnte ihnen nicht immer gleichgültig sein, sich als Stufe und Lumpen hingestellt zu sehen. — Herr Bergwerksdirector Fehner sah sich durch diese Behauptungen verletzt, er stellte gegen Schebs Strafantrag und die Staatsanwaltschaft erhob auf Grund des § 186 des deutschen Strafgesetzes Anklage. — Herrn Fehner, der im Termin als Zeuge vernommen wurde, wurde seitens des Vorsitzenden die Frage vorgelegt, wer die Lohnsätze auf der Gustavgrube eigentlich bestimme, worauf der Zeuge die Antwort ertheilte, daß sie von ihm und seinen Beamten festgesetzt werden, und daß der Aufsichtsrath der Grube dieselben von Zeit zu Zeit controliere. Den Durchschnittslohn gab Fehner auf täglich 2 Mk. an, (die gewöhnlichen Arbeiter erhalten nur 1,10 Mk.) wobei er behauptete, daß die Löhne auf seiner Grube höher seien, als auf anderen Gruben.

Der Staatsanwalt hielt den incriminirten Artikel für beleidigend; da Fehner auch Besessender sei, dazu noch rachevoll angeführt werde, so mußte er sich schwer gekränkt fühlen. Er beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Angeklagte, wie der Vertheidiger plaidirte für Freisprechung indem sie dem Staatsanwalt entgegenhielten, daß der Artikel nur über die großen Uebelstände der Bergarbeiter allgemeine Betrachtungen anstelle, daß also keine

D. Savva. Zu einer zahlreich besuchten öffentlichen Volksversammlung sprach am 7. Januar im großen Saale des Gasthofes „Zum goldenen Löwen“ der Reichstagsabgeordnete August Kühn-Langendielau in zweistündiger, trefflicher Rede über: „Die Umsturzvorlage und die Socialdemokratie.“ Wir befinden uns, so begann der Referent mit einigen einleitenden Worten, in einer ähnlichen Lage, wie vor dem Socialistengesetz im Jahre 1878. Damals kamen die Schüsse eines Hölz und Nobiling gerade zur rechten Zeit, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Einerseits um die Socialdemokratie durch ein Ausnahmengesetz an ihrer Ausbreitung und weiteren Entwicklung zu hindern, andererseits aber durch Auflösung des Reichstages eine Majorität für die damaligen Steuerpläne der Regierung zu finden, welche dem deutschen Volke Millionen, ja Milliarden, aus den Taschen ziehen sollten. Die Begründung der Vorlage schon ist eine so mangelhafte, sie stützt sich hauptsächlich auf eine vor 20 Jahren erschienene Broschüre, daß man sich unwillkürlich fragen muß: Was ist denn vorgefallen, um einen derartigen Gesetzentwurf zu rechtfertigen? Auch die Vorgänge im Auslande, weder die Ermordung Carnots, noch die explodirenden Rostbröde und Sardinienbüchsen in Frankreich und Italien rechtfertigen ein derartiges Vorgehen der Regierung. Diese Vorlage ist weiter nichts, als ein Anglist-Produkt unserer Bourgeoisie und die vollständige Bankroterklärung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Der Kampf mit geistigen Waffen, von dem man mehr Waffen als Geist geküßt hat, soll bei Seite gelassen werden: an dessen Stelle soll die rohe Gewalt und die geschickte Interpretation sündiger Staatsanwälte treten. Schon mit dem bezeichnenden Gesetze sind in den letzten 15 Jahren bis über 1000 Jahre an Gefängnis verhängt worden, ganz abgesehen von den hohen Geldsummen, mit welchen unsere Parteigenossen bestraft worden sind. Der Referent unterzog hierauf die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs einer eingehenden Kritik. Insbesondere wies er auf den § 112 hin, welcher davon handelt, wer einen Angehörigen des Landsturmes (zu dem fast alle Reichsangehörigen vom 16. bis zum 50. Lebensjahre zu zählen sind) in ein Geispräch verwickelt, welches die Umänderung unserer heutigen Gesellschaftsform zum Gegenstande hat, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden kann, auch kann noch auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt werden. Schließlich erwähnte der Referent noch, daß sich schon in nächster Zeit bei der Commissionsberatung zeigen wird, ob die Regierung die Vorlage nur eingebracht hat, um einen Grund zu haben, den alten Reichstag aufzulösen, um mit Hilfe des neuen Reichstages die gegenwärtige Steuerpolitik durchzuführen zu können. Aber was auch kommen möge, die Socialdemokratie, die bestorganisirte Partei des deutschen Reiches, wird auch diesen Kampf aufnehmen und schließlich doch den Sieg davontragen. An der Zeit sei es, daß das deutsche Volk der Regierung ein kräftiges „Bis hierher und nicht weiter“ zurufe. (Lebhafter Beifall.) Eine Discussion fand nicht statt, da die Gegner, welche in ihren Versammlungen die Socialdemokratie vollständig vernichten und abschlagen, nicht anwesend waren, wenigstens sich zum „ute melden.“ Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 7. Januar 1895 in Hannover tagende von 200 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den gegen das sogenannte Umsturzgesetz gerichteten Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklart in der betreffenden Vorlage den Versuch zur vollständigen Anhebung der Denk- und Meinungsfreiheit des deutschen Volkes und besonders des Mittel- und Arbeiterstandes. Sie betrachtet diese Vorlage als im höchsten Grade gemeinlich, jedem Culturfortschritt widerstrebend, und geeignet, die friedliche Entwicklung zu hemmen. Die Versammlung erklart in der Vorlage ein Mittel zur Vorbereitung eines neuen gänzlich abstrakten am Volkshörper Sie protestirt deshalb mit dem entschiedensten gegen dieselbe und verpflichtet sich, diesen und ähnlichen Versuchen den zähesten Widerstand entgegenzusetzen, und falls es zu einer Reichstagsauflösung kommen sollte, alle Kraft daran zu setzen, noch mehr wie bisher Socialdemokraten in den Reichstag zu entsenden. Die Versammlung beauftragt ihr Bureau, diese Protestresolution sofort dem Reichstage zu übermitteln.

In seinem Schlusswort ermahnte der Referent die Genossen, ja recht vorichtig in ihren Äußerungen Fremden gegenüber zu sein, um keine Denunzianten ihrer patriotischen Thätigkeit zu empfinden. Hierauf wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

B. Warkhan. Aus Anlaß des Sommerergänzungs der Centralcommissäre der Arbeiter, Capitel u. 1. m. war der Genosse Bruno Stante in Warkhan mit einem vorläufigen Strafmandat von 5 Mark bestraft worden, weil zu den Bergarbeitern auch Zutritt hatten. Das Bergamt war deshalb als ein öffentliches anzuzeichnen worden; auch sollte die polizeilich zur Abhaltung des Festes erlaubte Zeit überkürzen werden sein. In der nächsten Verhandlung behauptete Stante die ihm zur Last gelegten Bergarbeiten, wurde aber trotzdem vom Danziger Schöffengericht zu 15 Mark und Freigang der Kosten verurtheilt. Die von St eingeleitete Berufung hatte zur Folge, daß die Strafkammer zu Siegnitz auf vollständige Freisprechung erkannte.

on einer Beleidigung einer einzelnen Person nicht die Rede sein könne. Uebrigens seien die ersten Sätze des qu. Artikels, wo der Name des Directors angegeben ist, mit den übrigen Ausführungen durchaus nicht gemein. Und selbst dann, wenn der Thatbestand einer Beleidigung als vorhanden angenommen würde, so sei damit noch keineswegs bewiesen, daß der Angeklagte das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gehabt habe. Der Gerichtshof erwiderte in dem Ausdruck „Schulte“, der mit Beziehung auf gewisse Großindustrielle angewendet war, zwar eine Beleidigung, jedoch nicht im Sinn des angegebenen Gesetzesparagrafen, sondern nur eine solche aus § 185, also keine verleumderische, sondern eine einfache Beleidigung, die mit einer Geldstrafe von 100 Mark genügend geahndet sei. Außerdem wurde auf Publication des Urtheiltenors in der „Volkswacht“ erkannt. Als Vorsitzender fungirte Landgerichts-Director Herzog.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 10. Januar. Der Bundesrath trat am Donnerstag zu einer Plenarsitzung zusammen. — Als Inschrift am Reichstagsgebäude ist, wie der „Reichsanzeiger“ schreibt, zwar von Herrn Ballot in seinem Antragsprojekt „Dem Deutschen Lande“ gewährt worden, die Reichstagsbaucommission habe aber einen Beschluß über die Inschrift nicht gefaßt. Es sind in der Commission verschiedene Vorschläge gemacht worden, ohne daß sie einen allgemeinen Anklang gefunden hätten. Man beschloß daher, die Entscheidung einstweilen auszusetzen. Eine Sitzung der Reichstagsbaucommission steht unmittelbar bevor und in dieser wird auch die Inschriftfrage auf der Tagesordnung erscheinen.

schienen. Eine Entscheidung des Kaisers in dieser Frage ist noch nicht angerufen worden und eine Willensäußerung desselben ist nicht bekannt. Wir sehen in der ganzen Sache ein neues Zurückweichen des neuesten Curses vor dem öffentlichen Unwillen — freilich in einer rein äußerlichen Richtung.

— **Heut** Abend fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, das Erscheinen des „Socialist“ einzustellen, da es unnütz wäre und die Vortheile mit den gebrachten Opfern in gar keinem Verhältniß ständen, wollte man das Blatt noch fortführen.

— **Gegen** die Umsturzvorlage finden am Freitag in Berlin 15 socialdemokratische Versammlungen statt.

— **Budapest**, 10. Jan. Die Lösung der Ministerkrisis ist gescheitert. Der „Budapester Correspondenz“ zufolge, theilte Graf Khuen-Hedervary in seiner heutigen Privataudiens dem Könige mit, er könne den Austrag der Cabinettsbildung nicht übernehmen, weil er keine Hoffnung habe, eine Regierung zu bilden, welche außer der Durchführung der kirchenpolitischen Gesetze Positives zu schaffen vermöchte.

— **Paris**, 10. Januar. In der heutigen Kammer-sitzung brachte der socialistische Abgeordnete Millerand eine Resolution ein, welche die Haftentlassung Gerault Richards beantragt und beantragte die Dringlichkeit und sofortige Berathung. Dieser billigen Forderung entgegen ersuchte Dupuy die Kammer, die Haftentlassung nicht zu bewilligen. Der Antrag Millerands wurde darauf mit 309 gegen 218 Stimmen abgelehnt. Ein von Herbert eingebrachter Amnestie-Antrag für politische Vergehen ist gleichfalls abgelehnt worden. Auf die Interpellation von Clovis Hughes betreffend die Wahlfälschungen von Toulouse antwortete der Minister Guerin, daß die gerichtliche Untersuchung im Gange sei und etwaige Schuldige bestraft würden.

— **Der „Matin“** läßt sich aus Toulouse melden, daß dort ein neuer Scandal im Zuge ist, in den ein höherer Officier a. D., zwei Beamte und mehrere her-

vorragende Persönlichkeiten der Stadt verwickelt sind. Die Angelegenheit reicht um 6 Monate zurück und besteht in verschiedenen Stillschließungsverträgen.

— **Petersburg**, 9. Januar. Zum Verkehrsminister wurde heute der Geheimrath Kuldsin, bisher Geschäftsführer des Ministercomitees, zu dessen Beihilfen der Vorsitzende des Ingenieuraths, Geheimrath Salow, ernannt.

— **Belgrad**, 10. Jan. Ueber die Einberufung der Skupschtina wird der Ministerrath erst nach Rückkehr des Ministers Bogitschewitsch entscheiden. Die Vorarbeiten für das Budget 1895 sind beendet. Das Budget ist ohne Deficit.

— **Laurenzo-Marquez**, 10. Januar. Die Feindseligkeiten zwischen den Insurgenten und den Portugiesen haben wieder begonnen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 10. Januar.

Todesfälle. I. Ewald, S. des Stellmachers Karl Kluge, 6 M. — Cigarrenmachersfrau Rosalie Pilarczyk, geb. Sonta, 44 J. — Arbeiter Karl Trost, 32 J. — Clara, T. des Kutshers Hugo Sauer, 1 M. — Schlachthofmeister Eduard Kiepel, 72 J. — Leonhard, S. des praktischen Arzt Dr. med. Eugen Epstein, 2 J. — Kaufmannswitwe Lucille Aränkel, geb. Silberstein, 75 J. — Dienstmädchen Selma Faulhaber, 19 J. — Anna, T. des Schiffseigners Friedrich Käpfe aus Neu-Bittau, 7 M. — II. Restaurateur Franz Reich, 38 J. — Drechslermeisters-Witwe Johanna Pätzold, geb. Mai, 79 J. — Helene, T. des Schmieds Franz Jstel, 7 M. — Schuhmachermeisterwitwe Caroline Gabriel, geb. Hannig, 70 J. — Erwin, S. des Glasers Karl Kintert, 5 M. — III. Erich, S. des Schmieds Franz Badura, 2 M. — Tischlersfrau Pauline Hoffmann, geb. Kluge, 33 J. — Stations-Assistent Reinhold Rupprecht aus Ohlau, 42 J. — Penf. Bremser Gustav Zimmer, 32 J. — Margarethe, T. des Arbeiters Emil Vietzsch, 1 J. — Früherer Schmied Josef Koschmieder, 78 J.

Todes-Anzeige.

Am 9. d. Mts. verschied meine liebe Frau

Anna, geb. Bittner.

Wer die Dahingeschiedene kannte, wird meinen Schmerz zu würdigen wissen.

Dies allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme zur Nachricht. 3429

Der tiefbetrübte Hinterbliebene

Wilhelm Räder nebst Kind

Beerdigung: Sonntag Nachmittag 3 Uhr nach Herdain.

Trauerhaus: Wenzel-Hanke'sches Krankenhaus, Neudorfstr. 120.

Am 10. d. Mts., Nachts 11 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unsere herzengröße, inniggeliebte Frau, Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Kistenmacher Bertha Freier
geb. Kirsch
im Alter von 49 Jahren 8 Monaten.
Um stille Theilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag Nachm. 3 Uhr. Trauerhaus: Büttnerstr. 33.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

In nachstehend verzeichneten Lokalen werden regelmäßig jeden **Sonnabend Abend von 8 1/2 Uhr ab Vereinsbeiträge** erhoben:

Huster, Reimbamm, **Eisner**, Kleine Scheinigerstraße 57, Ecke Hirschstrafen, **Edlich**, Neumarkt 8 (3 Tauben), **Jänack** Brauerei, Heinrichstraße. Die am Montag im Vereinslokale stattfindenden **Kassenabende** bleiben ebenfalls bestehen. **Der Vorstand.**

612	851	950	115026	178	84	93	225	305	591	610	793	116055	144	215
493	117245	626	722	74	98	925	118603	213	472	679	(200)	854	119017	
437	545	632	44	776										
120014	112	(300)	445	567	69	682	745	121077	119	48	88	463	659	
763	122011	(10)	143	(200)	274	662	825	123253	92	337	60	533	843	
124307	418	681	(150)	721	825	65	125136	366	518	693	898	126191	322	
445	814	55	998	127071	301	41	946	128000	34	282	335	542	743	876
129203	100	447	(10)	511	745	910	61							
130106	484	566	91	745	131173	80	251	469	94	622	818	132028	36	
283	437	635	773	857	941	133240	456	559	797	817	930	134092	149	447
604	983	(100)	135142	320	409	616	759	899	954	136059	109	235	96	
328	441	742	45	73	981	85	137229	63	579	622	53	54	879	93
138285	318	20	517	45	86	691	832	43	139155	72	256	444	555	770
851	941													
140129	90	552	66	68	77	(150)	880	141068	213	312	65	85	85	
402	(100)	532	658	713	(10)	813	142019	640	749	861	994	143015	171	
217	41	45	99	314	86	477	722	900	90	14408	9	31	550	621
920	145539	(100)	874	910	49	146036	677	848	147036	63	391	(100)		
723	873	9	7	148254	323	554	728	48	(150)	929	149071	161	75	429
502	912	65												
150	89	92	452	95	652	741	(200)	887	151207	304	445	802	(100)	
56	69	89	152470	629	748	951	153055	86	263	920	154140	83	223	
3	4	568	155094	139	323	86	469	871	501	74	156113	659	843	992
157046	57	106	52	355	449	65	611	715	800	922	30	91	158258	(100)
635	58	878	63	159040	167	415	545	94	691	922	92			
160416	60	94	91	99	161139	507	734	845	58	162241	602	92		
163024	36	64	103	25	91	218	(100)	64	577	693	828	164817	70	165007
33	395	468	(150)	91	523	25	26	632	759	921	166315	581	769	974
167071	153	433	86	533	611	968	168194	862	903	10	169025	315		
581	780	812	22	61										
170018	279	342	689	99	725	58	880	171065	87	373	825	84	172181	
(100)	652	173038	95	411	56	60	99	521	510	11	777	173417	23	755
175290	496	5	6	82	85	176061	91	143	236	306	59	70	557	632
353	74	433	94	515	822	17844	457	642	85	844	946	179022	36	304
425	51	547	63	62	(500)	639	742	85						
180049	201	16	48	449	738	70	950	181165	(300)	265	92	377	631	
82	90	791	182323	536	734	49	183098	154	18	201	94	505	31	49
943	184403	77	652	94	706	185155	568	628	73	760	811	(150)	986	
186077	(300)	152	536	614	894	934	187157	60	421	625	41	738	188259	
70	521	76	666	828	189068	134	40	545	55	78	914			
190048	205	70	322	(100)	89	459	625	603	59	744	951	191070	684	
737	948	192574	956	193046	285	425	533	53	194006	162	469	564	671	
874	195168	84	275	446	521	703	93	920	196256	476	90	627	(150)	
793	197221	(100)	60	461	610	861	85	958	95	198036	53	95	113	95
(100)	229	476	659	199305	757	804	55							
200117	40	239	435	57	539	728	882	87	201005	230	55	305	823	
(150)	202199	418	74	629	803	12	203019	219	83	371	780	204019	32	
(100)	566	93	620	755	205118	53	455	503	9	73	206059	122	279	86
(100)	433	96	602	20	704	19	54	207083	116	203	522	836	44	208082
77	51	451	707	83	333	99	209071	6	5	807	44			
210193	373	768	831	909	211213	92	371	97	411	59	537	49	874	707
66	94	212117	568	78	768	(100)	78	922	67	213022	85	153	93	344
97	433	581	56	599	708	982	214142	211	69	384	495	521	42	682
80	64	926	84	215024	24	93	383	513	80	692	743	87	969	216034
937	(100)	217401	610	759	897	218034	261	395	677	739	219141	337		
411	22	504	17	39	47	601	68	911						
220206	12	64	33	70	(100)	437	561	62	751	(150)	58	61	221001	
339	50	592	683	704	915	80	222083	132	438	517	75	649	772	78
223099	668	224073	94	(3000)	137	352	22502	56	83	344	93	527		

Die nächste Ziehung beginnt am 11. Februar 1895.

Sonnabend, dem 12. Januar:
Witglieder-Versammlung
des Vereins zur Regelung der gewerlichen Verhältnisse der
Töpfer und Berufsgenossen
Breslau und Umgegend
im Local des Herrn Merz, Kleine Brodengasse 10/11.
Zugs-Ordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht über den Stand.
Der Vorstand.
Cigarren-Fabrik M. Kirschner
BRESLAU, Getreide-Wilhelm-Strasse 11.
3198

Der Wahre Jacob
Nr. 221.
Anfr. socialb. Witzblatt.
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Colporteurs
Vom
Hochverraths-Prozess
wider
Liebknecht, Hebel, Heyner
vor dem
Schwurgericht zu Leipzig
vom 11.-26. März 1872
ist soeben das 18. Heft erschienen.
Preis des Heftes 20 Pfg.
Mit dem Abonnement kann jeder
beginnen werden.
Probehefte liefert jeder Colporteur.

Geschichte
des Sozialismus.
Von dem trefflichen Werke ist
soeben das 10. Heft erschienen.
Preis 20 Pfg.
„Glühlichter.“
Humoristisch-satirischer Arbeiterblatt.
Zur Ausgabe gelangt Nr. 124.
Preis 10 Pfg.

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

Herrn- und Knaben-Garderobe

in nur reeller Waare, billiger als Ueberall

Eduard Freund, 57, Reusche-Strasse 57, Ecke Hinterhäuser.

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

Stadt-Theater.

Freitag:
Zum 1. Male:
„Times von Athen.“
Sonntags:
Der Widerspännigen Zähmung.

Lobe-Theater.

Freitag:
Zum letzten Male:
„Madame Sans Gêne.“
Sonntags, den 12. Januar 1895.
Zum 1. Male:
„Das wohlthätigen Zweck.“
Sonntag Nachmittags:
„Wohlthäter der Menschheit.“
Abends:
Zum 2. Male:
„Zum wohlthätigen Zweck.“

Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)

Täglich:

Spezialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Damen-Samische,
fest und wasserdicht
4,50 RM.
Damen-Samische,
Doppelfohle mit Kapsel
5,50 RM.
Damen-Hilfsstiefeln
zum Schneiden und
mit Gummizug
2,50 RM.

Herrn-Samische
mit Doppelfohle 7 RM.
Herrn-Samische
auf Rand,
leicht und
haltbar
7,50 RM.

Herrn-Samische, elegant mit Seid,
Knöpfen 8,00 RM.
Jede Outmachter-Fußstiefe für Herren,
Damen u. Kinder. Anspitzstiefeln, Schür-
und Schäftstiefeln, in Luch, Füll und
Leder für Kinder in jedem Alter, in
großer Auswahl.
Samische für Herren 4,50 RM.
Samische für Damen 2,50 RM.
Samische für Kinder in Leder
Lustig 2,00 RM.

Ludwig Herz,
Breslau, Blücherplatz 4,
(neben der Kohlen-Apotheke).

Geschäfts-Eröffnung!
Am heutigen Tage habe ich ein
welles-, Jagd- und Damen-Lager,
sowie Herren- u. Knaben-Garderobe-
Geschäft eröffnet und halte dasselbe
den freundlichen Besuch d. Bz. bestens
empfehlen.
C. Hering, Friedrich-Wilhelm-
Strasse 37.

F. Welch,
Friedrich-Wilhelm-Str. 3.
Achtbarste Bezugsquelle
für
**Herrn- u. Knaben-
Garderobe.**
Gute Auswahl, preisliche Preise.
F. Welch,
Friedrich-Wilhelm-Str. 3.
Lieferung u. Preis des n. billige

Sonntag, den 13. Januar, Vorm. 11 Uhr im Saale der „Concordia“, Margarethenstr. 17: Grosse Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige politische Situation und die Nothlage der arbeitenden Bevölkerung. Ref.: Reichstagsabgeordneter **Tutzauer.**
 2. Ersatzwahl von 2 Prekominmissionsmitgliedern.
 3. Anträge.
 4. Wahl einer weiblichen Vertrauensperson.
- Frauen sind eingeladen.

Entrée 10 Pfg.
Der Einberufer.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter
E. H. 29, Hamburg.
Sonntags, den 19. Januar cr.
im Saale zum „Deutschen Kronprinzen“, Grusenstraße 10/12:
Tanz-Kränzchen,
zum Beilen des Unterstufungs-Fonds obengenannter Kasse.
Entrée: Herr incl. Dame 60 Pfg. einzel. Dame 25 Pfg.
Anfang 8 Uhr. — Gäste durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Gummistiefeln sind bei den Erwerbenden und im Kasernenlocal
Neueinträge 65 „goldenen“ Bes. sowie in der Credit-Cassa d. H. H.
haben.
NB. Sonntags, den 19. Jan. Sonntags, den 19. Jan. Sonntags, den 19. Jan.
20. von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags: Kaffeetrag.

Georg Dienstfertig
Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft
Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in:
Kleiderstoffen, Seinen, Cattuns, Züchen, Inlett,
Herren- und Damen-Wäsche
fertige Confection
zu selbstbilligen oder streng festen Preisen.
Gibt: Auswahl in Arbeiter-Hosen, Hemden und Kleinen.
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

Fabrik von Arbeiter Sachen
Spezialität: Arbeitshosen.
E. Liedecke, Stadtgasse Nr. 30.
Es grat. 376 Es deta 11

Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art
mit selbstwilliger
Central-Kasse. Eine
Central-Kasse, die den Arbeiter
mit reichhaltigen Waaren
und der Arbeiter einen
möglichst billigen Einkauf
ermöglicht.
Bequem und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei
V. Liepelt,
Confections-Geschäft „Solidarität“,
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,
Ecke Neue Welt-Gasse.
Bestellungen nach Maß werden in kurzer Zeit und nach jeder Maßgabe
Ecke der Arbeiterkassen ist es, durch den ihnen Zutritt zu be-
rühmten und gegenwärtig Einladungen zu ihren Arbeiter- u. Knaben-
es gibt für uns das bemerkenswerte, der Zweck die Doppel-
bestellung zu bekämpfen!
Die Central-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen.
Eck Berlin.

Neue und gebragene
Kleidungsstücke,
speziell Hosen und Jakets für's
Alltägliche empfiehlt
Oscar Bartneck, Kleider-
49 Friedrich-Wilhelmstraße 49.
Musik-Instrumente.
Für Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielbänke zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
R. Cohn, Kupferschmiedestr. 17.

Cigarren u. Cigaretten
sowie sämtliche
Schreibmaterialien
empfiehlt
E. Simon,
Friedrich-Wilhelmstr. 49
!! Cigarren !!
vorzüglich und billig empfiehlt
Oskar Betz
2. Kaiserstraße 2. 3102

Vereins-Kalender.
Breslau.
Sonntags, den 12. Januar:
Deutscher Metallarbeiter-
Verband (Gewerbet). Jeden zweiten
Sonntags im Monat Abends von 8
bis 10 Uhr: Mitglieder-Ver-
sammlung. Entgegennahme der Bei-
träge, Ausgabe des Verbandsorgans,
sowie Austausch der Bibliotheksbücher
im Casernenlocal, verbunden mit Ar-
beiternachricht bei Jabel, St. Groschen-
gasse 15. — Aufnahme neuer Mit-
glieder. — Die Central-Herberge be-
sindet sich in Gdlich's Brauerei, Ne-
markt 8. Freie Vereinigung aller zu
der Strick- u. Filzwebindustrie
beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Breslau's.
Sonntags, den 12. Januar 1895,
Abends 8 Uhr: Kassenabend bei
Stasinowski, Junferstraße 20.
Metallarbeiter-Verband (Zah-
stelle Breslau [Schloffer]. Abends
8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des
Verbandsorgans, Umanachen der
Bibliotheksbücher u. Aufnahme neuer
Mitglieder im Locale „zu den drei
Läuben“, Neumarkt 5.
Central-Kranken- und
Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher
Arbeiter (Hamburg). Abends,
8 Uhr: Kassenabend und Auf-

nahme neuer Mitglieder in Heid-
Brauerei, Herrenstraße 19 (St.
Engelsburg).
Verein zur Regelung der ge-
werblichen Interessen der
Töpfer und Berufsgenossen
Breslau's. Kassenabend. Verein-
versammlungen jeden Sonntags
dem 15. jeden Monats bei Herr
St. Groschengasse 11.
Deutscher Holzarbeiter-
Verband. (Zahlstelle Breslau)
Vereins- u. Kassenabend
in Jänich's Brauerei, Heinrichstr.
Allgemeine Kranken- und
Sterbekasse der den...
Drehstier u. der verwandte
Berufsgenossen. (C. H. S.
Hamburg). Abends von 8-10 Uhr
Kassenabend in Leopold
Restaurant Hummerstr. 32.
Verband deutscher Gold-
und Silberarbeiter und ge-
werblicher Berufsgenossen.
(Zahlstelle Breslau.) — Abends
8 Uhr: Vereins- und Kassen-
abend im Hüters Local, Leh-
damm 28. — Aufnahme neuer Mit-
glieder.
Verein deutscher Schu-
mischer (Zahlstelle Nr. H.) Ab-
ends 8 Uhr im Berg's Restau-
Bismarckstr. 32.
Allgem. Kranken- und Ster-
bekasse der Metallarbeiter
(C. H. S. 29.) Abends von 8-10
und jeden Sonntag nach dem
jeden Monats von 12-2 Uhr Kasse-
tag im „goldnen Hede“, Neum-
markt 8. — Aufnahme neuer Mit-
glieder.
Localverband deutscher
Zimmerer. Breslau. Ab-
ends von 8-10 Uhr: Kassenabend
Verbandes der Zimmerer Breslau's
sowie Zahlabend der Central-Kranke-
kasse im „Grünen Hede“, Neum-
markt 8. — Aufnahme neuer
Mitglieder.
Vereinigte Hutmacher. Ab-
ends von 8-10 Uhr: Kassenabend
„rothen Löwen“.
Deutscher Metall-Arbeiter-
Verband, Section der Feingehilfen
u. Waagenbauer, Zahlabend und
Aufnahme neuer Mitglieder v. 8-10
Abends in der Restauration bei
Galle, Andersjohannstraße 4.
Verein Deutscher Cigarren-
Sortierer. (Zahlstelle Breslau)
Kassenabend von 8-10 Uhr bei
St. Nikolai, Nicolaistraße 37.
Gauverein Breslauer
hauer. Abends 9 Uhr: Kassen-
abend im Restaurant „zum Wä-
der Orgel“, Kupferschmiedestr. 39.
Central-Kranken- und
Sterbekasse der Tabak-
arbeiter Deutschlands
Abends v. 8-10 Uhr: Kassen-
abend in Gdlich's Brauerei, Ne-
markt 8. Aufnahme neuer Mitglieder.
Jachverein Breslau's
Korffarbeiter. Sonntags,
12. Januar 1895, Abds. 8 Uhr
eine Mitglieder-Versammlung
Ziele's Local, Bahrauerstr.
Nr. 44 statt. Mit daran-schließen-
öffentlicher Arbeiter-Versammlung
Lauban.
Sonntags, den 12. Januar,
Pompej, Abds. 8 Uhr: Versam-
lung des Arbeitervereins — Auf-
nahme neuer Mitglieder. —
haben Zutritt.
Hannau.
Arbeiter-Verein. Alle 14
Montags Abends 8 Uhr: Mitglied-
Versammlung im Gasthof „
goldenen Löwen“.
Arbeiter-Vereinigung „
Frank“ — Jeden Dienstag, Ab-
ends 8 Uhr: Übungsstunde im
„zum goldenen Löwen“ — Auf-
nahme neuer Mitglieder